

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundstiezigster Jahrgang.

Inserate
1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Seite oder deren Raum. Klammern verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen-Annahme-Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Zolowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (G. & H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Guben bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstrasse-Ecke Nr. 4; in Nogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Castell; in Grätz bei Hrn. Louis Streisand und Hrn. D. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogeler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Wosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Laubengasse 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Jakob; Jenke, Wial & Freytag; in Frankfurt a. M.: G. L. Daude & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amstisches.

Berlin, 7. Juni. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Bureau-Vorsteher bei der Prov.-Steu.-Direktion zu Magdeburg, Kanzlei-Rath Schliebs, den Rothen Adler-Orden III. Kl. mit dem Schleife und dem Bürgermeister Rüster zu Bendenstein, Rath Nordhausen, den Rothen Adler-Orden IV. Kl.; dem Wirklichen Geh. Ober-Finanz-Rath v. Königen in Berlin den Charakter als Wirklicher Geh. Rath mit dem Prädikat Exzellenz; dem Professor an der Universität zu Breslau, Dr. Doecker, den Charakter als Geh. Berg-Rath, dem Bergmeister a. D. Brade zu Weißstein bei Waldenburg, dem Bergmeister a. D. Heiß zu Ratisbor, dem Bergwerks-Direktor Mehnert zu Neurode, dem Bergwerks-Direktor Scherbenring zu Scharlen und dem Bergmeister a. D. Bergwerks- und Hüttendirektor Schmidt zu Zabrze, den Charakter als Berg-Rath, und den Ober-Bergmeister Erb's zu Breslau, den Charakter als Rechnungs-Rath; dem praktischen Arzt Dr. Bührig in Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath; sowie dem Kreisgerichts-Sekretär Bielski in Pissa den Charakter als Kanzlei-Rath zu vertheilen.

Die bisherigen Gerichts-Ausschönen Reichenstein und Wittich sind in Folge ihrer Übernahme in die Staats-Eisenbahverwaltung zu Reg.-Ausschönen ernannt worden.

Denkland.

Berlin, 7. Juni. In Bezug auf die Reise des Königs nach Hannover sind neuere Dispositionen noch nicht getroffen. Es stehen in dieser Beziehung einerseits die persönlichen Neigungen des Königs, welcher die angejekte Reise, zu der überall Empfangsvorbereitungen getroffen sind, nicht gerne aufgeben möchte, und andererseits die Bedenken der Aerzte, welche ihm die große mit der Ausführung des Programms verbundene Anstrengung ersparen möchten, entgegen. Es kommt dabei noch in Betracht, daß auch die Feierlichkeiten der bevorstehenden Woche nicht ohne Anstrengung für den König sein werden. Es steht deshalb immer noch dahin, ob der König die Reise unternimmt wird. Was den Badeaufenthalt betrifft, so kann wiederholt versichert werden, daß es bei dem Besuch in Ems bleibt, und daß nur der Zeitpunkt, zu welchem derselbe eintritt, noch nicht bestimmt ist. Früher war dazu Mitte Juli in Aussicht genommen, jetzt gilt als möglich, daß schon ein früherer Termin bestimmt werde. Definitive Bestimmungen dürfen jedoch auch noch davon abhängen, zu welchem Zeitpunkt die Rückkehr der Königin aus Baden nach Babelsberg erfolgen wird, da dieselbe während des Aufenthaltes des Königs in Ems voraussichtlich wieder in Koblenz residieren wird. — Eine Korrespondenz der "Kölner Zeitung" knüpft an das Auftreten Wagener's in der letzten Reichstagssitzung und namentlich an die Neuherierung desselben, daß das Herrenhaus sich entschieden gegen den Zusatz zu den direkten Steuern erklären werde, die Bemerkung, daß die Regierung auf die Erhöhung der Steuern verzichte und das Defizit bloß durch Ersparnisse zu decken beabsichtige. Hinsichtlich der Neuherierung Wagener's ist dagegen zu bemerken, daß diese wohl nur missverständlich ist, dahin nämlich, daß das Herrenhaus auch für die Deckung der vorübergehenden gegenwärtigen Bedürfnisse sich gegen den Zusatz erklären werde. Eine solche Andeutung ist von keiner Seite erfolgt, und glaubt man in Regierungskreisen, daß wenn jener Weg betreten würde, das Herrenhaus keine erheblichen Schwierigkeiten bereiten werde. Was aber die Schlussfolgerung betrifft, so kann versichert werden, daß die Regierung von der Überzeugung der Notwendigkeit eines Steuerzuschlags im nächsten Landtag zu beantragen, nicht zurückkommen ist, daß sie aber für alle Fälle zunächst auf erhebliche Ersparnisse bedacht sein wird, schon deshalb, weil sie nicht vorher wissen kann, in wie weit sie auf die Zustimmung des Landtages zu den sonstigen Vorlagen in Bezug auf die Deckung des Defizits zu rechnen habe. Graf Bismarck speziell hat sich, wie bekannt ist, sowohl in Bezug der Notwendigkeit des Zusatzes nach Ablehnung aller indirekter Steuern, als auch in Bezug auf die Notwendigkeit von Ersparnissen zunächst an den nützlichen Ausgaben mit großer Unumwundenheit und Klarheit ausgesprochen. — In Folge der Ernennung Eulenburg's zum Präsidenten von Wiesbaden ist die Berufung eines neuen Hilfsarbeiters ins Ministerium des Innern erforderlich gewesen. Wie es heißt, ist das Augenmerk auf den Senator v. Bötticher in Stralsund gerichtet, welcher auch Mitglied des Abgeordnetenhauses ist und bei den vertraulichen Berathungen über die Kreisordnung das Protokoll führte.* — Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Maß- und Gerichtsordnung wird auch eine neue Organisation der Amtsbehörden beabsichtigt. Es finden darüber Berathungen zwischen den beteiligten Ministerien behufs Ausarbeitung einer Vorlage an den nächsten Landtag statt. — Das Konsistorium der Provinz Brandenburg hat jetzt an sämtliche Superintendenten seines Verwaltungsbezirks ein Exemplar des Entwurfs zu dem neuen Gesangbuch für die genannte Provinz mit einem bezüglichen Begleitschreiben gesendet. In diesem wird als Grund für die Zusammenstellung eines neuen Gesangbuchs die vorgebrachte

Entwicklung des kirchlichen Lebens angegeben, welche ein ihr entsprechendes Gesangbuch erfordere. Das bisherige Berliner genüge dieser Forderung nicht und mehrere andere in der Provinz Brandenburg im öffentlichen Gebrauch befindliche, wie z. B. das neue Dresdener und das neue Lübbener, seien so völlig ungeeignet, daß ihre Beseitigung schon längst in Aussicht genommen werden müsste. Die Auswahl der in dem Entwurf enthaltenen Lieder sei aus dem reichen Schatz bewährter und eingebürgerter Gesänge der Landeskirche getroffen worden, wobei nächst dem inneren Werthe der Lieder die Tradition in der Provinz und namentlich in Berlin mit bestimmt gewesen sei. In Bezug der Melodien sei dafür gesorgt, daß auch durch dieses Gesangbuch den Gemeinden der Reichthum trefflicher Weisen erhalten bleibe. Findet das neue Gesangbuch Zustimmung, so werde die Einführung desselben sich wesentlich dadurch erleichtern, daß es längere Zeit bei den Gemeinden, die demnächst seine Aufnahme wünschen, mit dem jetzt bei denselben gebräuchlichen Gesangbuche gemeinsam beim Gottesdienste gebraucht werden könne. Solcher Simultangebrauch werde am allermeisten für die Gemeinden ein Bedenken haben, bei denen das jetzige Berliner Gesangbuch eingeführt sei. Von den 950 Liedern desselben seien in das neue 506, wie aus dem revidirten Vorstlichen Gesangbuche vom Jahre 1855, 517 Lieder aufgenommen seien, es enthalte 306 Lieder, welche in dem Berliner und Vorstlichen Gesangbuche gemeinschaftlich stehen, während nur 85 Lieder Aufnahme in das neue Gesangbuch gefunden, die in keinem der beiden genannten sich vorfinden. Es könnten mithin beide Gesangbücher ohne Schwierigkeit und ohne irgend welche Störung der gemeinsamen Andacht simultan beim öffentlichen Gottesdienste gebraucht werden. Es wird schließlich der Wunsch ausgesprochen, daß nicht nur die Geistlichen und Lehrer, sondern auch die Gemeinde-Kirchenräthe und die Gemeindelieder selbst von dem neuen Gesangbuche Kenntnis und zur richtigen Beurtheilung desselben die erforderliche Belehrung erhalten. Die Synodal-Konferenzen werden hierfür als eine passende Gelegenheit bezeichnet. — Der Preis des einzelnen Exemplars broschirt ist auf 7½ Sgr. angezeigt. Bei direktem Bezug von der Buchhandlung (von Decker) kosten 6 Exemplare 1 Thaler.

Berlin, 7. Juni. Als Graf Bismarck in der Generaldebatte vom 21. Mai sich über die Notwendigkeit, das gefürchte Gleichgewicht in den preußischen Finanzen wiederherzustellen, verbreitete, sagte er u. A., indem er sich gleichzeitig davor verwarnte, eine Drohung auszusprechen: „Ausgaben und Einnahmen müssen stimmen; werden der preußischen Regierung die Mittel nicht gewährt, so muß sie sich nach der Decke strecken, die Sie ihr zuschneiden, es muß die rücksichtslose Streichung der Ausgaben eintreten.“ Dies Programm, um es so zu bezeichnen, da man es keine Drohung nennen darf, scheint gegenwärtig realisiert werden zu sollen. Sowohl nach offiziösen Andeutungen, als nach dem, was sonst aus amtlichen Kreisen transpirirt, ist Finanzminister v. d. Heydt gegenwärtig damit beschäftigt, in radikalster Weise die Ansforderungen der einzelnen Ressorts soweit zusammenzustreichen, daß ein erheblicher Theil des Defizits auf Null reduziert wird. Es soll sich dabei nicht um die ganze in der Denkschrift angegebene Höhe des Defizits, sondern angeblich um eine Summe von 6—6½ Mill. handeln, um welche der Etat pro 1870, mit dessen Aufstellung die Finanzverwaltung gegenwärtig beschäftigt ist, zurückgeschraubt werden soll. Die Denkschrift behauptete bekanntlich, daß der Etat pro 1870 einer Mehreinnahme von 10½ Mill. aus neuen Steuern bedürfe, um im Gleichgewicht abzuschließen, es ist indessen schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß diese Behauptung auf einer notwendig mangelhaften und unsicheren Schätzung beruht und ein starker Beweis dafür zur Zeit gar nicht zu erbringen ist. Indem die Finanzverwaltung ihre Streichungen bei einem erheblich geringeren Betrag bewenden läßt, scheint sie dies auch anzuerkennen und eine weniger willkürliche Berechnung zu Grunde zu legen. Denn es ist nicht gerade sehr wahrscheinlich, daß die Schwierigkeit noch höher bemessene Streichungen an dem Etat vorzunehmen, hierauf von besonderem Einfluß gewesen sein sollte. Das System der rücksichtslosen Streichung auch nüpflicher und notwendiger Ausgaben läßt sich sehr leicht noch um ein paar Millionen weiter ausdehnen, und wenn es einmal darauf kommt, der Landesvertretung zu beweisen, daß sie resp. diejenigen preußischen Mitglieder des Reichstages, welche gegen die Steuervorlagen votirten, das Landesinteresse geschädigt haben, so wird der Beweis um so genauer geführt, je verlustümpter der Etat zum Vorschein kommt, der in Folge dieser Beschlüsse reduziert worden ist. Nach demselben System wurde bekanntlich im vorigen Jahr in der Marineverwaltung verfahren, als in Folge des Beschlusses des Reichstages über das Bundeschuldengesetz derselbe von der Regierung zurückgezogen, und nun, um keine anderweitige Bevollmächtigung der notwendigen Mittel nachzusuchen zu müssen, zu den umfassendsten Reduktionen in Häfenbauten ic geschritten wurde. Abermals wurde die Sache noch verhältnismäßig leicht durch einen Kompromiß erledigt, während die Sachlage gegenwärtig durch allerlei Umstände verwickt wird, namentlich auch dann immer schwieriger werden würde, wenn den Bemerkungen des Abg. Wagener in seiner neulichen Rede zufolge die bisherigen Steuer-

vorlagen in der That als erste Andeutung einer beabsichtigten Änderung des ganzen Steuersystems aufzufassen wären. Indessen hat es damit einstweilen wohl keine übergroße Eile; uns schien durch die Bemerkung Wagener's hauptsächlich nur der Systemlosigkeit der Denkschrift und der Musterkarte von Steuern auf geschickte Weise ein Mantelchen umgehängt werden zu sollen, als ob dieselben auf dem Untergrunde tiefer prinzipieller Gedanken auferbaut wären. Daß die von konservativer Seite präzisiert abgegebene Erklärung gegen den Zusatz zu den direkten Steuern nicht erfolgt sein würde, wenn die Regierung nicht auf den Plan verzichtet hätte, ist selbstverständlich. Was in dieser Beziehung aber über eine lebhafte Auseinandersetzung v. d. Heydt mit Herrenhausmitgliedern in einigen Blättern verlautet, wird wohl mit begründetem Zweifel aufzunehmen sein.

— In der heutigen (6.) Sitzung des Bundesrates des Zollvereins, in welcher der Präsident des Bundeskanzleramts Wlfr. Geh. Rath Delbrück auf Grund einer Substitution des Bundeskanzlers den Vorsitz führte, wurde über den vom Präsidium vorgelegten Gesetzentwurf wegen Abänderung des Vereins-Zolltariffs von den betreffenden Ausschüssen Bericht erstattet.

— Der "St. Anz." veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Portofreizeiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes vom 5. Juni 1869.

— Das "Memorial Diplomatique" giebt Näheres über die Reise des Vizekönigs von Egypten. Wir entnehmen demselben Folgendes:

Von Berlin wird derselbe direkt nach Paris gehen und daselbst in den ersten Tagen der nächsten Woche eintreffen. Der französische Hof hat wegen dieses Besuchs seine Abreise nach Fontainebleau bis Ende nächster Woche verschoben. Das "Memorial" will ferner wissen, und wir überlassen ihm dafür alle Verantwortung, daß König Victor Emanuel als Grund seiner Ablehnung der Einladung zur Eröffnungsfeier des Suez-Kanals angegeben habe, die augenblickliche Lage Italiens erlaube ihm nicht, sein Land zu verlassen; er werde sich aber durch den Thronfolger vertreten lassen. Kaiser Franz Joseph werde der Eröffnung des Kanals beiwohnen, zumal wenn die Kaiserin der Franzosen dies fest durch ihre Gegenwart beobachten würde. König Wilhelm von Preußen würde auf Grund seines vorgezogenen Alters die weite Reise nach Egypten nicht unternehmen, sondern sich durch eines der Mitglieder seines Hauses vertreten lassen. Ebenso werde die Königin Victoria sich nicht nach Egypten begeben, wohl aber der Prinz von Wales. Während seines Aufenthaltes in Paris wird der Vizekönig den Glycée-Palast bewohnen; die Königin von England lädt für ihn den Buckingham-Palast bereit halten.

— Den "Militärischen Blättern" in Paris entnimmt die "Kreuztg." folgende Mittheilungen:

Der Major Gr. Haezel vom preußischen Generalstabe, welcher nach Frankreich verbraucht ist, soll die Marne-Übergänge zwischen Chalons und Vitry erobert haben und dabei von einem französischen Gendarme attackiert worden sein. Der Gendarmerie-Blondel, der die Gendarmerie-Kompanie im Departement der Marne kommandirt, ließ den sich legitimirenden Stabs-offizier, der nur als Kavallerist, das Geschäftsfeld von La-Chaussée aus dem Jahre 1814 rekonnoirt haben will, natürlich sofort frei und legte seiner Weiterreise hierher keinerlei Hindernisse in den Weg. Der Vorfall wäre an sich von keiner großen Bedeutung; denn die hier kommandirenden preußischen Offiziere machen Reisen genug und dabei auch Studien über das Terrain der Schlachtfelder aus dem Jahre 1814; aber das Gerücht, das hier keine unerwunschte Rolle spielt, und von einer gewissen Partei gesiftlicht gehäuft wird, wittert unter Allem den bevorstehenden Krieg, und so erzählt man sich denn, Graf Haezel sei gar nicht zu seinem Vergnügen gereist, sondern von Sr. L. H. dem Prinzen Friedrich Karl zum Rekonnoitiren der Marneübergänge ausdrücklich hierhergeschickt, er habe sich für einen Weinreisenden ausgegeben u. dgl. mehr. Die Auseinandersetzung, daß der kommandirende General eines im Zentrum der Monarchie dislozierten Armee-Körps nicht Generalstabsoffiziere zum Rekonnoitiren ins Ausland sende, wenn es auch ein königlicher Prinz sei, daß den preußischen Ressortverhältnissen widerspreche, trifft bei den Alarmisten und Alarmirten auf taube Ohren. Sie glauben einmal das, was sie wollen.

Die "Kreuztg." kann diesem Bericht gegenüber einen leisen Zweifel nicht unterdrücken, da kein anderes Organ als die "Mil. Bl." etwas von der Sache berichtet hat.

Stettin. Der Kronprinz ist auf seiner letzten Inspektionsreise durch unsere Provinz, wie von verschiedenen Seiten berichtet worden, Gegenstand zahlreicher Ovationen gewesen. Daß diese unter Umständen aber auch recht unlösbar handgreiflicher Natur sein können, beweist folgende Bekanntmachung des Kommandanten von Kolberg:

Nachdem gestern Se. H. der Kronprinz und Statthalter von Pommern Stadt und Festung Stettin wieder verlassen haben, fühle ich mich gedrungen, dem Herrn Bürgermeister, sowie allen Einwohnern derselben mitzuteilen, daß Höchststieffelben sich hier sehr wohl gefühlt haben und möchte meinerseits nicht unterlassen, für den Ausdruck der dabei sich erkennbar gemachten treuen Gefügnung der Auhänglichkeit und Verehrung gegen den geliebten Königsohn auch meine herzliche Freude und Dank auszusprechen. Nur einen Punkt erlaube ich mir, zu künftiger Verübung allen Vertretern der Stadt, Vorländern von Bildungsanstalten, Meistern der Gewerke und Familienvätern ans Herz zu legen: daß sie nämlich ihren Zu- und Angehörigen, Kindern und Untergebenen die Weisung ertheilen, bei dem landesüblichen Blumenwerfen mit Voricht und Ehrebetrieb zu verfahren, damit eben dieses Zeichen der Liebe und Hochachtung nicht in eigenes Unmenge und dadurch in Unzug ausarte. Wenn, während des Vorbeifahrens, hier und da ein leichter Strauß, statt in den Wagen zu fliegen, den hohen Herrn ins Antlitz trifft, so wäre das noch zu erklären und allenfalls zu verzeihen. Wenn man ihm aber zu Fuß die Bouquets geradezu an den Kopf und ins Gesicht wirft, so daß, wie es bei dem Zugang nach dem Strandgloshöfen geschah, er mit schmerhaft brennenden Augen in den Saal treten mußte, so gehört eben die überaus große Herzlosigkeit unserer Hohenzollern dazu, solche Ungehörigkeit mit Milde zu verurtheilen und trotzdem die herzgewinnende Freundschaft zu bewahren. — Dem zu Fuß wandelnden Fürstenthron reicht man entweder, in tiefler Bescheidenheit, eine Blume mit der Hand dar, oder man streut sie ihm auf den Weg, aber man sagt sie nicht rücksichtslos durch die Lüfte, so daß sie wie feindliche Geschosse umherfliegen und verwunden. Die Sache spricht wohl für sich selbst und wird in Kolberg,

* Hr. v. Bötticher, gegenwärtig 36 Jahr alt, war von 1860 bis 1862 Hilfsarbeiter beim Kammergerichte, 1862 bis 1865 Justitiarius bei den Regierungen in Gumbinnen, Danzig, Stralsund und Potsdam, 1865 Hilfsarbeiter im Handelsministerium und wurde 1865 Rathsberater in Stralsund. Im Januar 1867 sandten ihn die Konservativen des Wahlkreises Franzburg-Rügen ins Abgeordnetenhaus. (Red. d. "Pos. B.")

gewiß auch ohne polizeiliche Maßregel, nicht wieder vorkommen. Kosberg, den 3. Juni 1859. Königliche Kommandantur. v. La Cavallerie. (W. 3.)

Marienwerder. 4. Juni. Die 1. Regierung hat an die Landespolizeipräfekturen evangel. Konfession eine Verfügung erlassen, aus der die „Danz. 3.“ Folgendes mittheilt:

Nach dem Ausfall der am 16. d. M. (April) in dem 1. Lehrerseminar zu Marienburg abgehaltenen Aufnahmeprüfung hat es den Anschein, daß die Präparandenbildner die Winke und Rathschläge, welche denselben in den, den Präparandenunterricht betreffenden Verfüungen der letzten Jahre ertheilt worden sind, nicht genug berücksichtigen. Abgesehen davon, daß die Kenntnis einer Anzahl Präparandiner in der biblischen Geschichte, in der Geographie und Naturkunde nicht ausreichend, in der Raumlehre ganz ungenügend (!) waren, fehlte es unter 35 Prüflingen zwölfen an derjenigen Sicherheit in der Orthographie, welche in jeder guten Elementarschule erzielt wird, achtzehn derfelben waren nicht im Stande, drei leichte schriftliche Rechenaufgaben richtig und sachgemäß zu lösen, und auch die musikalische Vorbildung war fast bei der Hälfte ungenügend. Außerdem zeigten die Präparanden sich zum großen Theile in formaler Beziehung wenig geschult. Sie waren nicht an deutliches, lautes, richtiges und sinngemäßes Sprechen beim Lesen und beim Aufzählen des Memoritostes gewöhnt, noch viel weniger vermochten sie über den Inhalt und Zusammenhang eines leichten Lesestücks sich in angemessener Weise auszusprechen.

Die Regierung hätte gar nicht nötig, bemerkt die „Danz. 3.“ hierzu, solche und ähnliche Lamentos in die Welt zu schicken: der Herr Unterrichtsminister v. Mühlner dürfte nur ein recht kräftiges Wort für eine nachhaltige Ausschaltung der Lehrergesälter einlegen, sowie ein geneigtes Ohr den freieren Strömungen schenken, und schaarenweise würden Jünglinge kommen, besser begabt und besser ausgerüstet mit Kenntnissen, wie diejenigen, wie sie uns oben geschildert worden sind. Aber so lange noch die Regulative als ein Evangelium gelten, man einen frommen, fröhlichen und frischen Geist und Sinn nur in den modernen Gefängnissen, den Internaten, zu erwecken und zu erstreben glaubt, und der Schule Heil im Schoße der Kirche sucht, wird es in der Lehrerwelt auch nicht besser werden. Bis dahin ist jedem Jünglinge zu rathen einen andern Beruf zu erwählen als den eines Lehrers.

Koblenz. 5. Juni. Heute Morgen drang ein Offizier in das Schlafkabinett eines Eisenbahnenbeamten zwischen Horchheim und Pfaffendorf ein und erstach denselben in seinem Bette. Der Offizier wurde sofort verhaftet. (So berichtet man dem „Frank. Journal“, die Nachricht scheint jedoch unsicher zu sein.)

Kassel. 5. Juni. Gestern und vorgestern Abend fanden vor dem holländischen Thore zwischen Artilleristen und Train-soldaten kleinere Geschiefe statt, welche viele Menschen herbeizogen. Auf beiden Seiten kamen Verwundungen vor. Einige der Hauptträdelführer wurden verhaftet. (H. M. 3.)

E. Dresden. 6. Juni. Der sächsische Landtag scheint in den Augen der Bevölkerung an Bedeutung verloren zu haben. Zwar hatten alle einzelnen Parteien sich schwer gerüstet für den 4. Juni, den Wahltag für den Landtag, allein die Masse ist hinter diesen Bestrebungen zurückgeblieben, die Stimmberichtigten haben nur in Höhe von etwa einem Drittheil ihre Zettel in die Urne geworfen. Und was ist da zum Theil für konservativer Gewürm herausgetreten! Erfreulich ist nur, daß in einzelnen ländlichen Wahlbezirken und in vielen Provinzialstädten die liberale Partei gesiegt hat, den vorzüglichsten Rang nehmen Leipzig und Chemnitz ein, wo sämtliche von liberaler Seite aufgestellte Kandidaten die konservative Partei überwunden haben. Besonders wichtig ist es, daß Professor Biedermann aus Leipzig, Führer der nationalliberalen Partei und Redakteur der „D. A. 3.“, aus der Chemnitzer Wahlurne hervorgegangen ist. Aber in vielen Bezirken hat die konservative, partikularistische Fraktion den Vorrang behalten, so ist namentlich das Resultat der Dresdner Wahlen ein wahrhaft läufiges zu nennen. Außer dem liberalen Kaufmann Jordan sind vier Größen in den Vordergrund getreten, welche besser altbekannten Kämpfern für Freiheit und Recht das Feld hätten räumen können. Der Allerweltspolitiker und Reichstagabgeordnete Hofrat Akermann hat über den seit 1848 als treuen Volkskämpfer bekannten Adv. Dr. Schaffrath gesiegt, der konservative Advokat Strödel über den Demokraten W. Schmidt, Professor Hülse über den berühmten Volksmann Professor Wigard, der homo

novus. Dr. Walter über Stadtrath Kreßschmer. Dresden hat sich ein testimonium stultiae gegeben, an dem die künftige sächsische Gesetzgebung zu kauen haben wird.

Leipzig. 4. Juni. Nach den bisher aus den städtischen Wahlbezirken unseres Landes eingelaufenen Nachrichten über die zum sächsischen Landtag vorgenommenen Wahlen hat die nationalliberale Partei an der Hand des neuen im vorigen Jahre erlassenen Wahlgesetzes eine Reihe glänzender Siege erfochten. In Leipzig hat die nationale Partei nicht nur ihre sämmlichen Kandidaten, drei an der Zahl durchgebracht, sondern die Gegner sind in verschwindend geringer Minorität geblieben. Dasselbe gilt für diejenigen kleineren Städte, aus denen bis jetzt Nachrichten vorliegen. In Zwönitz wurde Bürgermeister Streit, in Leisnig Dr. Gensel, Sekretär der Leipziger Handelskammer, gewählt; in Chemnitz siegte der Prof. Dr. C. Biedermann, Redakteur der „Allg. Z.“, ein Mann, den man wegen seiner entschiedenen Preußenfreundlichkeit und weil er in Dresden besonders gefürchtet ist, viele Jahre lang gar nicht als Kandidaten aufzustellen wagte; auch der zweite Chemnitzer Abgeordnete gehört der liberalen Partei an. In Leipzig wurden Direktor Näsler, Kaufmann Schnoor und ein dritter Nationaler gegen die Herren Baron Lauchnit, Prof. Dr. jur. Kunze (als Anhänger und publizistischer Vertheidiger der Todesstrafe bekannt) und Konsul R. Beckmann durchgebracht. Aus den ländlichen Wahlbezirken (die sächsische Zweite Kammer besteht aus 40 Vertretern von Städten und 45 Deputirten des flachen Landes) liegen bis jetzt noch keine Nachrichten vor.

Augsburg. 1. Juni. In einem kürzlich ergangenen Erlass hat unser Bischof sich sehr tadelnd darüber ausgesprochen, daß von Geistlichen der Stadt sowohl, als auch der Umgebung nicht selten Wein- und Gasthäuser schon Vormittags besucht werden. Dieser Besuch „und das Weinzechen insbesondere erregt, wie leicht zu denken, großen Anstoß bei den katholischen Laien“. Was aber bei dem Herrn Bischof noch größeren Anstoß zu erregen scheint, ist nach dem Wortlaut des Erlasses der Umstand, daß in einer — näher bezeichneten — Weinschänke Geistliche sich nicht scheuen, mit liberalen Brüdern des Laienstandes zu konversiren“.

Ö ster r e i ch .

Wien. 6. Juni. Ueber die Affaire mit dem Bischof von Linz, der gestern zu seiner Vernehmung vor das Linzer Landesgericht polizeilich abgeführt worden, schreibt die Linzer Tagespost:

Art. 2 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1852 (über die allgemeinen Rechte des Staatsbürgers), welcher lautet: „Vor dem Gesetz sind alle Staatsbürger gleich“, ist heute in Linz in befriedigendster Weise zum Vollzug gelangt. Der Bischof Josef Rüdiger von Linz ist heute um 10 Minuten vor 2 Uhr Nachmittags zu seiner Vernehmung zu dem diesigen Landesgericht abgeführt worden. Gestern erhielt die hierige Gemeinde-Befreiung von dem Landesgericht den Auftrag, den Bischof, welcher sich standhaft weigerte, auf mehrmalige Vorladungen zu erscheinen, auf den heutigen Tag unter Anwendung von Zwangsmitteln zum Landesgericht zu stellen. Demgemäß begab sich heute Mittag der Bürgermeister Viktor Drouot zum Bischof, um denselben zu bewegen, freiwillig und mit Vermeidung alles Unbehagens vor Gericht zu erscheinen. Nachdem der Bischof ungeachtet eines inständigen Burendens hierzu nicht zu bewegen war und erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen, begab sich der Gemeinde-Sekretär Thum in Begleitung von zwei Polizeiwachmännern in die bischöfliche Wohnung, um den Bischof nochmals zur freiwilligen Respektirung des Gesetzes aufzufordern. Auch diesem gegenüber erklärte der Bischof, daß er von seinem Standpunkte aus die Kompetenz des Landesgerichts nicht anerkenne, weil die Sache nur eine kirchliche Angelegenheit ist und das Konkordat noch vor Gott und dem Gewissen vollkommen aufrecht besteht; er werde daher nur der Gewalt weichen und mache sowohl jene welche diese Gewalt hat angeordnet, als jene, welche diese Gewalt hat vollführen, für die Folgen verantwortlich. Als hierauf Gemeinde-Sekretär Thum erinnert, daß der Augenblick gekommen sei, in welchem die bereits zwei Stunden dauernde Verhandlung ein Ende nehmen müsse, und der Bischof, welcher sich in seinem vollen Ornate befand, bei seinem Widerstande verharrete, trat der Führer der städtischen Polizei an denselben heran und berührte ihn mit der Hand am Arme, worauf der Bischof ohne Widerrede die Wohnung verließ, in den seit zwei Stunden im Hofe befindlichen Platz stieg, und im Geiste des Gemeindesekretärs Thum, des bischöflichen Sekretärs Spannlang und des Führers der städtischen Polizei, Bacher, in das Landesgericht fuhr. Als der Wagen aus dem Bischofshofe

herausfuhr trat, zugleich mit dem Wagen der bischöfliche Kammerdiener auf die Straße und sang an aus Leibeskraften „Vivat“ zu rufen, worin von der zahlreich versammelten Menge einige fromme Seelen weiblichen Geschlechts einstimmten, während andere „Bravo“ riefen. So ist endlich dem Gesetze, vor welchem alle Staatsbürger, mögen sie Tagelöhner, Bischöfe oder Feldzeugmeister seien, gleich sind, sein Recht geschehen. Allgemein verlaute, daß der Bischof bei Gericht alle Rede und Antwort verweigert habe, was vielleicht aus dem Umstände geschlossen wurde, daß derselbe in kaum einer Viertelstunde nach seinem Eintreffen beim Landesgericht, in seiner Privatequipage wieder in sein Palais zurückgekehrt ist.

Par is .

5. Juni. Ueber die der Regierung zugeschriebenen Reformen äußert der „Moniteur Universel“:

Was man auch von ihm verlangen und erwarten möge, der Kaiser wird das parlamentarische Regime nicht einführen; man geht noch weiter und behauptet, daß er in dieser Beziehung an dem Wortlaut der Konstitution nichts ändern wird. Damit aber ist nicht gesagt, daß er nicht bedeutende Veränderungen in den Gerechtsamen der gesetzgebenden Gewalt vornehmen will. Heute sind, konstitutionell gesprochen, die Minister nicht verantwortlich; man scheint nun keinen Nebelstand darin zu erblicken, ihnen fünfzig für die Praxis eine rein persönliche Verantwortlichkeit zuzuerkennen, welche gleichsam die Bekämpfung und Konsequenz der Verantwortlichkeit des Souveräns sein würde. Hierfür ist es nicht nötig, das Grundgesetz von 1852 in diesem oder jenem Punkte abzuändern, es reicht hin, sich der Störung der Kammer zu überlassen, die, wenn sie die Politik eines Ministers nicht gut sieht, ihm dadurch die Einladung zulassen läßt, sich zurückzuziehen. Man glaubt auch, daß die Befreiung des Budgets nach Artikel, eine Reform, auf der die Opposition seit lange hätte bestehen sollen, zu den Fortschritten gehört, welche die neue Kammer wird verwirklichen können. Endlich soll die gegenwärtige Vertheilung des Budgets vereinfacht werden. Die Regierung hat schon im vorigen Jahre durch Hrn. Magne zu verstehen gegeben, daß diese Vereinfachung zeitig sei. Sie kann nun unserer Ansicht nur dazu beitragen, die parlamentarische Kontrolle bezüglich der Finanzen wirksamer zu machen. Wir behaupten unseres Gewohnheit gemäß nicht, daß vorstehende Reformen schon fest beschlossen seien und in einer bestimmten Frist getreut werden sollen. Wir sagen nur, daß man von diesen Reformen viel spricht, daß man sie für möglich hält, und wir sagen hinzu, daß die Kammer sie durchsetzen wird, wenn sie dieselben will.

Der Kaiser hat seinen Ministern angezeigt, es solle Dienstag oder Mittwoch entschieden werden, ob der gesetzgebende Körper im Laufe des Monats Juni einberufen werden solle oder nicht. — Die Angelegenheit der mißvergnügten Nationalgardien nimmt größere Proportionen an. Die 4., 5. und 6. Kompanie des 52. Bataillons haben sich dem Protest der 1. und 2. Kompanie angegeschlossen. Auch in der Nationalgarde von Suresnes soll dem „Siecle“ zufolge eine bedenkliche Gährung herrschen. Der „Konstitutionel“ bestätigt, daß die Auflösung der wieder-spenstigen Kompanien erfolgen soll. Es ist dies in der That der einzige und sehr undankbare Ausweg, welcher der Regierung übrig bleibt, wosfern sie nicht dem Rath der unabhängigen Blätter folgen und die ganze von 1852 herrührende Verfassung der Bürgerwehr revidiren, namentlich dieser das Recht, ihre Offiziere selbst zu ernennen, wiedergeben will. Das „Siecle“ sagt mit Bezug auf den Protest:

Dieser Protest ist eine Verlegenheit mehr für die Regierung, die deren schon hindringlich auf dem Halse hat. Wenn sie den Reklamanten nicht sofort Genugthuung gewährt, so werden nicht allein diese keinen Dienst mehr thun, sondern man spricht sogar von einer Protestation in Massen der gesamten Nationalgarde, welche die Sache ihrer Kameraden zur Imitation machen und ebenfalls so lange allen Dienst verweigern würde, bis volle Genugthuung gegeben sei.

Paris. 6. Juni. Aus allen Provinzen treffen umfangreiche Altenbündel in Paris ein, welche mit Belegstücken verschiedenster Art Klagen und Nachweise über illegale Beeinflussung der Wähler und sonstige Mannöver der Regierungsorgane enthalten, vorgenommen zu dem Zwecke, den Sieg der amtlichen Kandidaten zu sichern. Bevor diese Altenstücke an das Bureau des gesetzgebenden Körpers gesandt werden, um als Material bei den Wahlprüfungen zu dienen, werden sie von einem demokratischen Komitee durchgesehen, das zum größten Theil aus Advoleten besteht und dessen Mitglieder u. A. die Herren Hérod, Crémieux und Gambetta sind; die Opposition bereitet sich so auf einen großen parlamentarischen Kampf vor, in welchem dem „Unvorhergesehenen“ so wenig Raum wie möglich belassen werden soll, und um sich besser rüsten zu können, zieht sie selbst die Einberufung der neuen Kammer im Herbst einer Session ad hoc im Juni vor. Noch ist der Gedanke

S a i s o n t h e a t e r .

Mit einem Beifallsturm empfangen, trat am Montag im „Pariser Leben“ die gesetzte Soubrette des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theaters, Fr. Lina Mayr als Gabriele, Handzuhünter, auf. Bei dem großen Applaus, der gerade dieser ihrer Leistung voranging, war man natürlich außerst gespannt auf ihr Ergehen; erfüllte nun auch unter Gatt allzu hoch gehende Erwartungen nicht, so bestätigte dieselbe im Allgemeinen die gute Meinung, die man anderwärts von ihr hegt, auch hier. Fr. Lina Mayr begeistert die unerlässlichen Eigenarten einer guten Soubrette, ansprechende Persönlichkeit, ausreichende Stimme, angeborne Schalkhaftigkeit und — Glück zur Genüge. So werden ihre Darstellungen, getragen von nicht gewöhnlicher künstlerischer Auffassung zumal auf dem plianten Theatereisen der Operetten, immer von durchschlagender Wirkung sein. Ihre gefragte Leistung gipfelte in dem „Schnaderhupf-Kouplet“ und in dem Duett mit dem Brasiliener, welches dreimal vorgetragen der Gatt nicht müde wurde. Das ausverkaufte Haus ließ es an massenhaftem Applaus nicht fehlen.

Raben der glänzenden Escheinung der Gabriele war es diesmal für die übrigen Darsteller schwer, Erfolg zu erzielen, desto mehr überraschte uns Fr. Raabe, die als Metella wohlverdienten, reichlichen Beifall davontrug. Besonders gelang ihr, das etwas sonderbar sentimental gehaltene Empfehlungslied für Gondrmark in höchst ansprechender Weise vorzutragen. Fr. Raabe war aber auch die Einzige, die an unsern Gast heranreichte. Ein Fr. Preuß, in der Rolle der schwedischen Baronin, hielt zu sehr zurück. Die Gesamtdarstellung ließ überhaupt mancherlei zu wünschen übrig.

Unter dem männlichen Personal war allein Herr Eckert, der als Gondrmark wiederum sich beliebt macht; die andern Darsteller waren nicht im Stande, ihren Rollen irgendwie zu genügen, so daß die Gesamtdarstellung diesmal recht unbedeutend ließ.

— t. —

Das Berliner Museum.

Der Lustgarten zu Berlin ist einer der eigenthümlichsten Plätze, den eine deutsche Stadt aufzuweisen hat. Nichts von der romantischen Alterthümlichkeit unseres Mittelalters, kein gotischer Dom, kein Erkerhaus, kein „schöner Brunnen“ ist da, der die Gedanken des Betrachters in eine weit enstlegene Vergangenheit zurückführt. Alles berührt ihn hier wie unmittelbare Gegenwart, jedes Gebäude trägt seine Bestimmung gleichsam auf der Stirn geschrieben, kein phantastischer Bug verwirrt oder blendet. Dennoch ist die Vereinigung aller dieser Gebäude außerordentlich charakteristisch und das merkwürdig Symbolische darin, das dem Eisernerden nicht verborgen bleibt, gibt dem Ganzen einen hohen Reiz. Der Lustgarten ist etwas wie die Blüthe des preußischen Wesens, der scharf ausgeprägte, architektonische Ausdruck dieses Staates. Wie der Staat weiß auch der Platz nichts von einer halbtausendjährigen Geschichte. Das mächtige Schloß an seiner Südseite streift seine Wurzeln zwar in das Mittelalter, aber wie es jetzt vor uns steht, vierstöckig, mit hohen Fenstern, seinem flachen Dache, den allego-

rischen Figuren darauf, ohne Thürme und Binnen, mit wenigen Balkonen, mit den kleinen Gartenterrassen und den beiden Rossebuden vor seinem mittleren Portal, berührt es uns durchaus modern: es ist kein mittelalterlich kurfürstlicher, sondern ein königlicher Bug darin. Im Ganzen schmucklos, nüchtern und kalt, erinnert es in seiner Stattlichkeit und Ruhe an den „rocher de bronze“, auf dem Friedrich Wilhelm I. seine königliche Gewalt stabilisieren wollte. Dem Schloß gegenüber liegt seit dem Jahre 1828 das Museum. Fast vierzig ist der Platz dazwischen; hier egerzierte 1720 das Riesenregiment der Garde. Jetzt umgibt eine Reihe von Kugelalzaten den von vielen Wegen und Räumen befreiten Raum. In der Mitte ein Springbrunnen, der wenigstens im Frühling und im Sommer rauscht. Zwischen ihm und dem Museum hat man für eine Reiterstatue Friedrich Wilhelms III. den Platz abgekettet. Rechts nach Osten erhebt sich mit seinen drei gefüllten Thürmen und den beiden Engeln von Erz in seinen Bördernischen der Dom. Auch hier kein Schmuck, keine Verzierung durch Malerei und Skulptur: ein Haus zum Beten, nicht zur Aufführung kirchlicher Schauspiele. Daneben versetzt die Ruine des Campo Santo. Wer die Pläne zu diesem gewaltigen Bauwerk kennt, von der Theinknahme und Vorliebe weiß, mit der Friedrich Wilhelm IV. gerade dieses Werk als das unvergänglichste Denkmal seiner Regierung begann, und mit diesen hochgelegten Absichten nun den öden rothen Siegelsteinhaufen vergleicht, der als einzige sichtbare Erinnerung davon geblieben ist, dem liegt darin auch ein schlagernder Beweis vor, wie entseindet das Wesen dieses preußischen Staates aller Romantik der Vergangenheit ist, mögen seine Fürsten und Dichter auch noch so innig ihr anhängen. Eine Ruine berührt hier die andere, nur ein schneller Sieg trennt das Campo Santo von dem kleinen Gebäude der alten Vorstadt. Der Vorplatz des Hauses ist mit Bäumen bepflanzt, die nun auch absterben, leer ist der Saal und die Scheiben sind erblendet. Die Westseite des Lustgartens begrenzt ein Arm der Spree, die Schloßbrücke, breit und prächtig mit ihren Marmorfiguren, die alle den jungen Krieger und die Göttin des Kampfes darstellen, führt hinaüber. Mit einer gewissen Majestät dehnt sich am andern Ufer das Zeughaus aus, ein Musterwerk der Architektur bei ihrem leisen Übergang aus der materiellen Massenhaftigkeit des späteren italienischen Stils zur Sierlichkeit des Rotofos.

Das Haus Gottes, das Haus des Königs, das Haus des Kriegs und das Haus der Kunst umschließen den Lustgarten zu Berlin. Und damit das „spezifisch Preußische“, noch lebendiger zur Escheinung kommt, ist keine dieser Architekturen glänzend, auffallend, kein Bauwerk, kein Louvre, kein Palazzo Pitti, kein venezianisches Arsenal. Sie sind einfach, ihrem Zweck angepasset, von einer gewissen Kühle und Knappheit. Dies gilt auch, wie sehr es sich sonst vor den übrigen Gebäuden auszeichnen mag, von dem Schinkel'schen Museum. Auf breiten Stufen steigt man zu der von achtzehn Säulen getragenen Vorhalle auf, in ihren Hintergrund führt von beiden Seiten eine Treppe in das obere Stockwerk. Zwei Bildwerke in Granit, die Amazonen in dem Kampfe mit dem Panther und der junge Held, einen Löwen bezwingend, schmücken die Treppenwangen. Schinkel's Fresko-gemälde in leuchtenden Farben, links die Göttergeschichte, rechts die Kultur-

entwicklung der ersten Menschheit in allegorischen Formen darstellend, zieren die Wand der Halle. Auf granitem Sockel gräben uns die Marmorbüsten der Windelmanns, Schinkels und Rauchs in stiller Höhe. Eine Rundboll gearbeitete, viel durchbrochene Grathälfte führt in das Innere. Eine Rotunde mit gewölbter Kuppel, durch die das Licht fällt, nimmt uns auf, Säulen tragen den Gang, der in der Mitte der Höhe durch die ganze Rundung des Saales läuft, den oberen Theil der Wände bedecken niederländische bildreiche Tapeten, gewirkt nach Rafael und seiner Schüler Zeichnungen aus den Evangelien und der Apostelgeschichte. Unten stehen zwischen den Säulen marmorne Götterstatuen aus der römischen Kaiserzeit. Geldmädel genug hat man in der letzten Zeit eine Gräfin Friedrich Wilhelms IV. im Imperator-Kostüm hier aufgestellt. Der weihewolle Eindruck, den der Eintretende von den edlen Majestätsfiguren dieses Raumes, seinem einfaçen und doch idealen Schmuck, von der gedämpften, ihn mit einem leichten Goldhaube übersiegenden Beleuchtung empfind, erfährt dadurch eine unwillkürliche Tribut; ein komisches Element des Modernen mischt sich in die Höhe und stillte Schönheit der Antike. Dahinter öffnen sich die Säle, die zur Aufbewahrung der antiken Bildwerke und Büsten bestimmt sind. Reich an besonders wertvollen Stücken ist die Sammlung nicht. Eine auf einem Säulenstumpf gelehnte Polyhymnia mit einem bewunderungswürdig gearbeiteten Schleitergewand, betende Knaben in Erz eine lebensgroße Statue Cäsars, jene liebliche und an zauberisch anziehendem Reiz nicht übertrogene Hebe Canovas, vor der — ein echter Romantiker aus der Düsseldorfer Schule — Friedrich Wilhelm IV. stundenlang sitzen konnte, sind die gefestigtesten Werke dieser Sammlung. Einen gewissen Werth verleihen ihr die zahlreichen, zum Theil seltenen Büsten römischer Kaiser und Kaiserinnen, die noch aus den Erwerbungen Friedrichs des Großen stammen; hier findet der Liebhaber Vieles, was ihn erfreut, der Kenner Manches, das seine Aufmerksamkeit verdient. Größeres Interesse durch neuere Anfänge hat diese Antikenansammlung schon seit Jahren nicht erhalten; was sie endlich an Skulpturen aus dem Mittelalter bringt, ist armlich und unbedeutend.

Auch die Gemälde-Galerie in dem oberen Stockwerke kann sich an Größe und Schönheit messen. Eine schmäliche Enttäuschung erwartet Jeden in ihr, der mit offenen Augen und unbefangenem Urtheil in der Betrachtung der Kunstwerke zunächst Genus, eine Erhebung oder Erweiterung des Gemüths sucht. Freilich gehört es zu den ästhetischen Regereien, die mit dem Namen Materialismus gebrandmarkt werden, verrenkte Heilige und verzerrte Bäume, wenn sie von einem Maler des sechzehnten Jahrhunderts herkommen, geringzuschätzen. Die strengere Auslegung der Kunst geht noch weiter und fordert sogar unbedingte Verehrung für jene gräßlichen Verirrungen der Hand und

an eine solche nicht ganz aufgegeben, da der Kaiser selbst, dem Rath sämtlicher Minister zuwider, daran festhält. Von den hier einlaufenden Dokumenten werden einzelne, je nach Besund, der Staatsanwaltschaft oder dem Staatsrath zur entsprechenden Behandlung übermittelt werden. — Die Mauern von Paris sind wieder über und über mit den Programmen der Kandidaten für die engeren Wahlen bedeckt, für welche völlige Freiheit des Anklebens besteht. Der Kampf wird von allen Seiten mit größerer Erbitterung als je geführt, da es sich weniger um prinzipielle, als um persönliche Fragen handelt.

Jules Favre, der beim ersten Wahlgange, was auch seine Freunde dagegen sagen mögen, seinen Wähler etwas vornehmungslösig entgegentreten war und die „kleinen“ Mittel im sicheren Vertrauen auf sein unbestreitbares Verdienst vernachlässigt hatte, ist diesmal viel thätiger. Seine Freunde haben, nachdem die Periode der öffentlichen Versammlungen abgelaufen ist, noch einige Privatversammlungen zu seinen Gunsten organisiert. Die Wähler der Gironde haben im Interesse Jules Favres eine Adresse an die Wähler des 7. Pariser Wahlbezirks geschickt; Ernst Picard endlich hat im „Electeur libre“ (dem Organe Favres) eine warme, sogar begeisterte Empfehlung der Kandidatur seines Freundes veröffentlicht. — Henri Rochefort hat die Wähler des 7. Wahlbezirks wieder mit einem Wahlzirkular beglückt. Wie man auch über die Kandidatur Rocheforts denken mag, jedenfalls hat derselbe seine neue Stellung falsch aufgefasst. Derselbe will heute den Montagnard und Sozialisten spielen, wozu ihm aber alles fehlt; dabei hat er ganz vergessen, daß die, welche ihm ihre Stimmen gaben, nur den Mann der Lanterne wählen wollten, und wenn er überhaupt Wahlzirkulare zu erlassen für nötig erachtete, so hätte er sich darauf beschränken müssen, einfach anzukündigen, daß er in der Kammer das sein werde, was er außerhalb derselben war, nämlich der „homme de la Lanterne“. Da er sich aber auf einen höheren Standpunkt hinauswollen wollte, so spielt er heute schon eine etwas komische Figur, und wenn der Regierung nicht Alles darauf ankäme, einen Mann der Kammer fern zu halten, welcher den Kaiser, die Kaiserin, den kaiserlichen Prinzen und alles, was drum und dran hängt, so sehr bloß gestellt, so würde man kaum begreifen, daß sie ihn nicht Jules Favre vorzieht, für dessen Erwählung sie jetzt eintritt. — Noch energischer ist die Agitation zu Gunsten d'Alton Shee's, für welchen das Abgeordnetenmandat, wenn man bösen Jungen glauben darf, eine Art Rettungsanker ist. Die Subskription des Komitees, welches die Kosten seiner Wahl bestreitet, muß sehr reichlich ausfallen sein (vielleicht haben seine Gläubiger die Sache in die Hand genommen), denn niemals ist ein Wahlbezirk so sehr mit Zirkularen, Manifesten &c. überschüttet worden. Der Expair muß in der ganzen vergangenen Woche nichts gethan haben, als Briefe an die verschiedenen Redaktionen schreiben und Wahlmanifeste redigieren. Thiers seinerseits ist auch nicht müßig und seine Partei hat schon eine ganze Anzahl früherer Wähler d'Alton Shees veranlaßt, ihre Stimmen durch in den Zeitungen veröffentlichte Briefe Thiers zuzuschicken, weil d'Alton sein Versprechen des Rücktritts gebrochen.

Spanien.

Madrid, 6. Juni. Morgen wird der Gesetzentwurf eingereicht werden, Serrano mit der Regenschaft zu betrauen; doch wird dem Regenten nicht die Befugnis eingeräumt werden, Gesetze zu bestätigen oder die Cortes aufzulösen. — Gerüchteweise wird ferner gemeldet, daß die Regierung angeblich den jungen Herzog von Genua, der gegenwärtig in England die Schule von Harrow besucht, einen Knaben von fünfzehn Jahren, zum Könige vorschlagen wolle. Sein Oheim, der König Victor Emanuel, und die florentinische Regierung sollen ihre Einwilligung gegeben haben und auch der Kaiser der Franzosen mit dem Plane einverstanden sein.

Italien.

Florenz, 7. Juni. (Tel.) Man hält in Deputirtenkretsen die Vertagung der Kammer für nahe bevorstehend.

im Alterthum die Skulptur, im Mittelalter die Malerei, kann neben dieser Kegerei unangefochten bestehen. Die Gesamtheit der Schöpfungen der Malerei von der Mitte des 13. bis zu der des 17. Jahrhunderts ist weder vorher noch nachher übertrffen worden, sie ist der vollkommenste und, was nicht gering anzuschlagen ist, der volksthümlichste Ausdruck des Lebens und der Ideen jenes Zeitalters, ein wirklicher Spiegel jener Welt; aber, wohlgemerkt, in ihrer Gesamtheit, ihrer kulturhistorischen Bedeutung. Der künstlerische Werth oder Unwirkt jeder einzelnen Arbeit kann dadurch nicht beeinflußt werden; wie thöricht ist es, uns Bräzen als schön aufzudrängen zu wollen, weil sie in dem allgemeinen Entwicklungsgang der Malerei eine Stelle gehabt! Die Berliner Gemäldegalerie wird nur den Wenigsten ästhetisches Wohlbehagen gewähren, aber für das Studium der Kunstgeschichte ist sie von außerordentlicher Wichtigkeit. Fast an jedem größeren Bilde läßt sich hier der Gegensatz zwischen künstlerischer Schönheit und kulturhistorischem Interesse nachweisen; nicht an den wenigen Meisterwerken, sondern an den vielen häßlichen Versuchen zeigt sich der Entwicklungsgang der christlichen Malerei. Seit Friedrich Wilhelm, dem großen Kurfürsten, hatten die preußischen Fürsten angefangen, Bilder zu sammeln, vor Allem holländische; für Holland, seine Menschen, seine Betriebsamkeit, seinen Handel und seine Kunst hat der Kurfürst, der dort eine glückliche Jugend verlebt, immer die wärmste Theilnahme bewahrt. Diese Gemälde waren in den fürstlichen Schlössern zerstreut und jeder Nachkommme suchte diesen Schatz zu vermehren. Eine glückliche Hand auch bei diesen Kaufen hatte Friedrich der Große, er hat unter Anderen die beiden Versionen des Museums erworben, die Jo und die Leda des Correggio. Den armen Halbgöttern war es bis dahin, wenn man der Sage glauben will, schlecht genug ergangen. Das Schicksal hatte sie bis nach Schweden hin verschlagen, wo sie, nackt und blos, wie sie sind, der Härte nordischen Winters auf einem Boden oder gar in einem Stalle ausgegesetzt worden waren. Gustav Adolphs Tochter, Königin Christine, erbarmte sich ihrer und nahm sie mit sich nach dem Süden, in ihren römischen Palast. Werlwürdig genug leben die Göttinnen der Heiden viel fröhlicher und ungestritten in der Atmosphäre des Katholizismus, als in dem protestantischen Norden. Zwischen dem katholischen Himmel und dem griechischen Olymp gibt es eine geheimnisvolle Wahlverwandtschaft. Ob die beiden Bilder bei der Versteigerung des Nachlasses der schwedischen Königin gleich in französischen Besitz übergingen, weiß ich nicht, kurz vor Friedrich dem Großen aber besaß sie der Herzog von Orleans, der andächtig fromme Sohn des göttlichen Regenten. Wie der heilige Antonius vor den Erscheinungen der Büste, so erschrad der Herzog vor den versüchtigen Gesichtern der Jo und der Leda; um sich vor ihrem Zauber zu retten, soll er die Köpfe aus den Bildern herausgeschritten haben. Wenn nicht Wahrheit, doch eine vortreffliche Erfindung, um die Heinrich Heine wissen sollen: der „Marmoreo“ wäre um eine prächtige Nummer vermehrt worden. Ein Restaurator setzte mit geschickter Hand den Torsos der Nymphen die Köpfe wieder auf; seitdem sind sie unangeschaut geblieben, bis die letzten vandischen Verstümmelungen im Museum, durch General-Direktoren, Professoren und Maler begangen, auch für sie uns wieder fürchten lassen. Die

Großbritannien und Irland.

London, 5. Juni. In den eben dem Unterhause vorgelegten Schriftstücken, welche mit Anfang vorigen Jahres über die zwischen England und den Vereinigten Staaten obhaupteten Streitfragen von der englischen Regierung ausgegangen sind, tritt als der Gegenstand hervorragendster Wichtigkeit natürlich die Alabama-Angelegenheit zu Tage. Die „Kölner Z.“ bringt nachstehende Darlegung der gegenwärtigen Sachlage:

Wie aus einer am 15. Februar 1868 abgegangenen Depesche Lord Stanley's an Herrn Thornton, den englischen Gesandten in Washington, erhellt, war es die amerikanische Regierung, welche zuerst ihren Antrag nach Erledigung der Fragen fund gab, indem der amerikanische Gesandte in London, damals noch Herr Adams, im Auftrage Seward's die San Juan-Angelegenheit, sowie die Fragen wegen der kanadischen Fischereien und wegen der Naturalisations-Verhandlungen zur Sprache brachte; seine Meiniungsabgabe über die Alabama-Sache wollte sich Seward vorbehalten, da dieselbe durch die übrigen Unterhandlungen erheblich beeinflußt werden könnte. Dieser Zug hat den gewünschten Erfolg und nach einiger Zeit wurde ein Protokoll über die Naturalisationsfrage gesiezt und auch die San Juan-Angelegenheit abgewilligt. Über die Alabama-Frage schreibt Lord Stanley am 21. Oktober, Reverdy Johnson habe ihm Tags zuvor aufs Neue Swards früheren Plan vorgeschlagen, daß alle beiderseitigen Forderungen einer zu gleichen Theilen aus Engländern und Amerikanern bestehenden Kommission unterbreitet werden sollten, und daß man derselben Vollmacht ertheile, im Falle nicht erzielter Einigung einen Unparteiischen zu ernennen, dessen Entscheidung in letzter Instanz maßgebend sei. (Der später abgeschlossene Vertrag war also im Wesentlichen auf amerikanischen Vorschlägen begründet.) Damals schon wollte Reverdy Johnson die amerikanische Fischerei wegen Englands überreiter Anerkennung der Südstaaten als kriegsführender Partei ebenfalls vor die Kommission verweisen, allein Lord Stanley erklärte, „die englische Regierung könne in diesem Punkte nicht von ihrer früheren Stellung abgehen, hälte es jedoch nicht für unmöglich, nach gegenseitiger Abschweigung oder ausdrücklicher Vereinbarung diese Schwierigkeit zu vermeiden“. Aus dieser Unterhaltung und dem nach derselben demerkbaren Fortschreiten der Unterhandlungen geht übrigens hervor, daß die amerikanische Regierung damals noch keinen besonderen Nachdruck auf die genannte Forderung legte. Erst im letzten Augenblick berührte Reverdy Johnson sie stärker, um seinen Antrag dadurch annehmbar für Washington zu machen. Als der Vertrag schon vollendet war, wurde noch Swards Verlangen zugestanden, die Kommission in Washington statt in London tagen zu lassen. Trotz alledem teilte am 30. November Seward Herrn Thornton mit, die Übereinkunft stehe nicht im Einklang mit den Reversy Johnson erhaltenen Weisungen. Der Präsident und die Minister seien außer Stande, mehrere der gemachten Bestimmungen zu billigen, und der Vertrag werde in seiner jetzigen Gestalt nicht die Bestätigung des Senates erhalten. Seward erkam die Berechtigung der englischen Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffte jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wünschen der Unionregierung entgegenzukommen, und sandte einen Vertragsentwurf hinüber, in welchem die amerikanischen Forderungen im Wesentlichen eingeräumt waren. Schließlich einzigte man sich dann auch am 14. Jan. 1869 und unterzeichnete diese neue Übereinkunft. Am 22. März trat Reverdy Johnson nochmals mit einem Amendment hervor, sämtliche Forderungen beider Regierungen gegen einander, sowie die Ansprüche von Staatsangehörigen vor einem Schiedsgericht zu verweisen. „Meine Regierung glaubt“, bemerkte der Gesandte, „wie man mir jetzt mittheilt, sie habe eine Forderung an die englische Regierung an, unter solchen Verhältnissen die Verhandlungen fallen zu lassen, hoffe jedoch, Lord Stanley werde sich zu einigen Veränderungen bereit erklären, die den Entwurf dem Senate annehmbar machen würden. Diese Abänderungsvorschläge waren zahlreich und wichtig; auch waren drei Paragraphen in Betreff des schiedsrichterlichen Spruchs gestrichen. Am 24. Dezember schrieb Lord Clarendon, der inzwischen nach dem Ministerwechsel an Lord Stanleys Stelle getreten war, die englische Regierung sei bereit, den Wüns

rannt, in welchem der Bruder des Prinzen Kung saß und der Vorreiter hatte jenen Schlag gethan. Ob derselbe jedoch für den Grafen oder eine Person in seinem Gefolge bestimmt war, wird nicht näher bestimmt und soll dieser Umstand überhaupt ungewiss sein.

Deutsches Reichsparlament.

3. Sitzung.

Berlin, 7. Juni. Eröffnung um 12½ Uhr. Am Tische des Reichstagspräsidenten Delbrück, v. Berglas, v. Weber, v. Spizemberg, Hoffmann, Gildemeister u. A. — Der Präsident verkündet das Resultat der Schriftstellerswahlen, die am Schlusse der letzten Sitzung vollzogen wurden. Sie sind so ausgesunken, wie wir bereits mittheilten, nur ist statt des Ehrens. zu Rhein der Abg. v. Göder gewählt.

Die Geschäftsordnungs-Kommission hat sich konstituiert: v. Denzin (Vors.), Bölk (Stellvert.), Cornely (Schriftsteller), Lorenzen (Stellvertreter). Desgleichen die Petitions-Kommission: Graf Schwerin, Fabricius, v. Luck, v. Stauffenberg.

Der hessische Abg. Fabricius hat durch ein Schreiben an das Präsidium Zweifel darüber geäußert, ob er sein Mandat nach seiner Ernennung zum Vereins-Bevollmächtigten noch als fortwährend betrachten dürfe. Das Schreiben wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand Wahlprüfungen sind. Abg. Lefèvre berichtet Namens der ersten Abtheilung über die Wahl des königlich bayrischen Kammerers Grafen Seinsheim. Die Abtheilung beantragt Gültigkeit der Wahl, obwohl nach ihrer Ansicht das Wahlgesetz auf Grund dessen die Wahl vollzogen ist, den Anforderungen des Vertrages vom 8. Juli 1867 nicht entspricht. Trotz eines früheren Beschlusses des Reichstags, welcher eine Abänderung des bayrischen Wahlgesetzes im Sinne dieses Vertrages verlangt, ist eine solche Aenderung nicht eingetreten, die Kommission nimmt jedoch an, da ein Protest nicht vorliegt, daß kein Wähler in seinem Rechte verfügt worden ist.

Abg. Hünfeld-Hohenlohe: Nach den Ausführungen des Referenten halte ich mich verpflichtet, Ihnen in einigen Bemerkungen den Standpunkt zu bezeichnen, von dem die bayrische Regierung dem vorjährigen Beschlüsse des Reichstags gegenüber ausgegangen ist. Zunächst konstatiere ich, daß bereits damals die Loyalität der bayrischen Regierung und Landesvertretung in Behandlung des Wahlgesetzes von allen Seiten anerkannt worden ist. Die stärkste Auslegung des Vertrages vom 8. Juli 1867 hätte dahin geführt, eine große Zahl jetzt berechtigter Wähler von dem Wahlrecht ausgeschlossen. Die Regierung sah deshalb keinen andern Ausweg, um diesem Uebelstande abzuholzen, als sich einzelne Abweichungen zu gestalten, und auf diese Weise ist das Wahlgesetz vom 29. November 1867 zu Stande gekommen. Wenn die bayrische Regierung trotz der im vorigen Jahre hier erhobenen Bedenken dem damals gefassten Beschlüsse nicht sofort Folge geleistet hat, so lag der Grund einmal in der Ansicht, daß sie tatsächlich in Übereinstimmung mit dem Sinne des Vertrages vom 8. Juli 1867 gehandelt habe, und andererseits darin, daß im Laufe des letzten Jahres in Bayern verschiedene Gesetze eingeführt worden sind, die auf das bayrische Staatsbürgertum und die Staatsangehörigkeit von dem wesentlichsten Einfluß gewesen sind. Diesen Gesetzen gegenüber, die erst in den letzten Tagen des verschwommenen Landtags ihren Abschluß gefunden haben, schien es bedenklich, vorher ein neues Wahl-Gesetz vorzulegen, in Folge dessen bayrische Abgeordnete in diesem Hause gesessen hatten, deren Mandate auf verschiedene Grundlagen beruhten. Hierzu kam die Erwagung, daß auch innerhalb des Norddeutschen Bundes unter den einzelnen Staaten bisher Verschiedenheiten herrschten, denen erst durch die kürzlich erfolgte Annahme eines allgemeinen Wahlgesetzes ein Ende gemacht worden ist. Hiermit ist allerdings gleichzeitig an die bayrische Regierung eine erneute Mahnung herangetreten, die Frage noch einmal in ernsthafte Erwagung zu ziehen, und ich denke, daß sie in der Lage sein wird, der Landesvertretung in kürzester Zeit eine Vorlage zu machen, welche bestimmt ist, das gegenwärtige Wahlgesetz mit den Aenderungen des für den Norddeutschen Bund geltenden in Einklang zu bringen. (Beifall).

Eine Reihe süddeutscher Neuwahlen wird darauf ohne jede Weiterung für gültig erklärt.

Das Haus hat sich demnächst über die geschäftliche Behandlung der Vorlagen zu entscheiden, die ihm bereits gedruckt vorliegen: die Verträge mit der Schweiz und Japan und das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Süders. Außerdem ist dem Präsidium der Entwurf des Vereinsschulgesetzes zugegangen, dessen Schwierigkeiten verbundener Druck jedoch erst morgen Abend vollendet sein kann, und ein Gesetzentwurf, betreffend die Sicherung der Bollvereinsgrenze in den nicht zum Bollverein gehörigen hamburgischen Gebietssachen.

Für die beiden Handelsverträge mit der Schweiz und Japan wird Schluzberathung im Hause beliebt und ernannt der Präsident zu Referenten die Abg. Kirner und Scheide, resp. Röß und Camphausen (Neu). Für das Zuckersteuergesetz schlägt er Vorberathung im Plenum vor.

Abg. Sombart: Ich kann diesen Vorschlag nicht gut heißen, denn auf mich hat die Vorlage einen ganz eindrücklichen Eindruck gemacht. (Heiterkeit) Bei mir zu Hause (Herr Sombart ist Rübenzuckerfabrikant im Magdeburgischen) sagt man, daß man nur einen Tod sterben könnte, in Berlin habe ich gelernt, daß man dreifach sterben könne: erst todgeschlagen, dann gebent, dann gefopft. Die Rübenzuckersteuer wird erhöht, der Zoll von ausländischem Zucker verabreicht und schließlich dem Bollvereinsteuere überlassen, wie hoch er die Ausfuhrvergütung bestimmen will. (Präsident: Sie sprechen über die Sache selbst, nicht über ihre geschäftliche Behandlung.) Ich habe gesagt, was ich zu sagen wünschte und empfehle Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Basker will der heutigen Beschlusshaltung über die geschäftliche Behandlung der Vorlage und dem vom Präsidenten empfohlenen Modus nicht entgegentreten; doch macht er auf den inneren Zusammenhang der Vorlage mit dem zu erwartenden Tarifgesetz aufmerksam, von dem man zuvor Kenntnis haben müsse, bevor man in die Diskussion des Zuckertarifgesetzes eintreten könne. — Präs. Delbrück bemerkte darauf, daß das Tarifgesetz spätestens morgen dem Präsidium zugehen wird. Abg. v. Denzin erklärt sich für Vorberathung im Plenum im Interesse der Beschleunigung der Arbeiten des Hauses und der Öffentlichkeit. (Zustimmung.) Abg. Sombart: Das Zuckertarifgesetz ist ein überwiegend technisches, bei dem es sich in der minutiosesten Weise um Zahlen handelt, über die man sich wohl am grünen Tisch mit dem Bleistift in der Hand verständigen kann; aber wie das in einer großen Versammlung geschehen soll, das verstehe ich nicht. Abg. v. Seydewitz: Es haben technische Kommissionen zur Kenntnis sich mit der Sache beschäftigt und einer hat uns bereits ihren Bericht ins Hause geschickt, bevor wir noch die Vorlage der Regierungen erhalten hatten. Eine neue technische Kommission hat das Haus nicht mehr nötig einzufinden.

Der Antrag Sombarts wird mit sehr großer Majorität (dafür nur ein Theil der Fortschrittspartei, wie Waldeck, v. Hoverbeck u. A.) abgelehnt und die Vorberathung im Plenum genehmigt.

Schluss gegen 1 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 8. Juni.

In Folge der aus der „Zuk.“ in unser Blatt (Nr. 129) übergegangenen Notiz über die Verurtheilung des „evangelischen Predigers“ Rektor Fischer in Bromberg geht uns die Berichtigung zu, daß der Genannte nicht als Prediger ordinirt oder angestellt, sondern nur Kandidat der Theologie war.

Feuer. Montag Mittags 12 Uhr brach in der mit Stroh gedeckten Scheune des Wirths Wegener in Jerzyce, welche direkt an die Bauleitungen der dortigen Knoblauchmehlfabrik angrenzt, Feuer aus, welches die Scheune nedst einem daran stehenden Stalle in Asche legte. Ob der Brand durch Funken, welche aus einem der Schornsteine der Fabrik herausflogen, veranlaßt worden ist, wie in Jerzyce behauptet wird, mag dahin gestellt bleiben. Es eilte sofort der in der Nähe wohnende Gendarmerie-Wachtmeister hr. Marske zu Hilfe; hauptsächlich seiner umsichtigen Leitung gelang es, den Brand auf den Entstehungsheerd zu beschränken. Auch hier bewährten sich die Dachapparadächer wieder vorzüglich, indem ein so gedektes Stallgebäude, welches unmittelbar an die brennenden Gebäude grenzte, nicht vom Brande verzehrt wurde. Von Spritzen war, wie gewöhnlich bei Bränden in der Umgegend Posens nach der dortigen Richtung hin, zuerst die Bahnhofsstrasse, sodann die Spritze des 4. Reviers aus Posen herbeigeeilt, später fand sich die Spritze aus Winiary, die des Rettungsvereins

und die Landspritze aus Posen ein. Der Schuhmann Feschke, welcher die letztere begleitete, wurde leider durch das eine der vorgespannten Pferde am Schenkel in bedenklicher Weise verletzt. Die Jerzycer Bauern beteiligten sich sehr eifrig beim Lösen des Feuers, indem sie hauptsächlich Wasser herbeiziehen. Jerzyce selbst besitzt, obwohl es etwa 3500 Einwohner zählt, noch keine eigene Spritze. Es ist dies bei einer Dorfgemeinde, welche vollreicher und wohlhabender ist, als viele Städte unserer Provinz, ein sonderbarer Mangel. — Wir erwähnen hier übrigens noch nachträglich, daß bei dem Glow noor Brände von dortigen Einwohnern sich hauptsächlich der Wirthschaftsbetriebe hr. Kunth durch Unachtsamkeit und aufschießende Thätigkeit ausgezeichnet hat.

— **Selbstmord.** Am Sonnabend Abend stürzte sich ein Mann der 2. Kompanie des 1. Westpr. Gren.-Rgts. Nr. 6, zu einem Fenster des Wildenbergs auf den Hof hinunter. Derselbe starb in Folge des Sturzes auf dem Wege nach dem Militärlazareth. Dem Vernehmen nach ist dies der zweite Selbstmord in derselben Kompanie seit Neuzeit 1869.

— **Trichinen.** Von denselben Wurstfabrikanten in der Mühlenstraße, bei dem vor einigen Wochen zwei trichinoide Schinken vorgefunden wurden, und welcher seitdem alles Schinkenfleisch, ehe er es verkauft, selbst untersucht, wurden am Montage bei der Untersuchung zweier Schinken, welche er auf dem Markt gekauft hatte, zahlreiche Trichinen vorgefunden. Nachdem das Vorhandensein derselben auch anderweitig konstatirt worden war, wurden die Schinken sowie alles übrige Fleisch von denselben Schweine, welches sich noch bei dem Fleischer auf dem Markt vorfand, polizeilich kontrolliert und vernichtet.

— Auf dem St. Pauli-Thurme wird gegenwärtig nur mit den beiden kleineren Glocken geläutet, da die größere Glocke mit Balken unterstützt und der Helm der Glocke entfernt worden ist; wie es heißt, soll dieselbe auf andere Weise konstruiert werden.

— In der Berlinerstraße ist das Grundstück vor der St. Paulikirche, welches früher Hrn. Polizeikommissarius Grieger und zuletzt Hrn. v. Buttler gehörte, von Hrn. Landauer angekauft worden. Der vor mehreren Jahren auf diesem Grundstück begonnene Bau wird im Laufe dieses Jahres vollendet werden.

— Zum Schutze des Sommertheaters bei etwa ausbrechendem Feuer ist in das Hildebrandtsche Grundstück auf der Königsstraße Wasserleitung eingezogen worden.

— Das Begießen der Bäume in der Wilhelmstraße mit Hilfe der städtischen Wasserleitung hat am Dienstag begonnen und soll bei andauernd trockner Witterung fortgesetzt werden.

— Im Rathause ist der Bodenraum über der Registratur als Altktaufbewahrungsräum eingerichtet worden. Um dem Fußboden, auf welchem die Regale aufgestellt worden sind, die nötige Thragfähigkeit zu gewinnen, ist derselbe durch Einziehen von neuen Balken, Sattelträgern u. s. w. verstärkt worden. Der Dachstuhl des Rathauses, welcher etwa 320 Jahre alt ist, befindet sich im Allgemeinen noch in einem recht guten Zustande, allerdings ist das damals dazu verwandte Holz von außerordentlich ferniger Beschaffenheit; durch das Alter ist dasselbe äußerlich ganz schwarz und innerlich braun geworden. Im zweiten Stockwerke des Gebäudes wird ein Raum, welcher bisher wenig benutzt wurde (zwischen Treppenhaus und der Loggia an der Hauptfront), gegenwärtig in der Weise umgebaut, daß hier ein größeres Zimmer entsteht; entsprechend dem Korridor, welcher nach der Registratur hinführt, wird ein Korridor nach der Loggia hin angelegt, welche auf diese Weise zugänglich gemacht werden wird. In nächster Zeit soll auch Wasserleitung in das Rathaus eingezogen werden. Als dann werden sowohl die großen Wasserbasins, welche sich in den verschiedenen Stockwerken des Gebäudes befinden und sehr viel Platz einnehmen, als auch das Druckwerk im Lokal der Feuerwehr (im Souterrain), durch welches das Wasser nach den oberen Stockwerken getrieben werden kann, lassiert werden. Hoffentlich wird es dann auch gelingen, durch Anlage von Wasserlosets den penetranten Geruch, welcher an manchen Stellen im Rathause bemerkbar ist, verschwinden zu lassen.

— Am rechten Ufer der Warthe in der Nähe der Ephraimischen und Käthnerischen Begeleiter finden sich an einzelnen Stellen die Schalen von Süßwassermuscheln in so außerordentlichen Mengen, daß sie auf den ersten Blick nur durch Menschenhände dorthin gelangt sein können. Wie wir in Erfahrung gebracht werden, die Mäuse, von denen je zwei mit einander durch ein Schloss verbunden sind, längs der Warthe meistens von Frauen mittelst Nagen herausgezischt, mit heißem Wasser übergossen und alsdann den Schneinen vorgeworfen, welche die Mäuse zwischen den Zähnen den Schalen sehr gern fressen und durch diese Nahrung sehr fett werden sollen. Was für den Menschen die Lustern, das sind für die Schweine diese Süßwassermuscheln, von denen es übrigens in der Warthe Exemplare von 4 Zoll Länge und 2 Zoll Breite gibt.

A. Samter, 6. Juni. Die am 21. v. Mts. Bewußt Wiederbefreiung der bereits seit 2 Monaten wahllosen ersten Lehrerstelle an der hiesigen kath. Schule stattgefunden. Wahl ist resultlos geblieben, und so sieht man denn der Besetzung der Stelle immer noch entgegen. Zwar sollte nach jener Wahl ein Bewerber den Unterricht stellvertretendweise bis zum 1. Oktober d. übernehmen, da derselbe jedoch, wieviel er sich zur Übernahme geneigt zeigte, mehreren daran geknüpften Anforderungen des Schulvorstandes nicht nachkam, so wurde ihm die Leibergabe, die am 1. d. Mts. stattfinden sollte, verweigert. Ein beklagenswerther Umstand, der um so mehr in das Gewicht fällt, als schon lange Zeit vor der Batanz der Unterricht in der 1. Klasse ein oft unregelmäßiger, durch die häufigen Erkrankungen des verstorbenen Lehrers unterbrochener war. Daß der zweite, nunmehr einzige Lehrer den Unterricht in jener Klasse bis auf Weiteres mit übernommen hat, mindert das Uebel nur im geringen Maße, da es einleuchtend ist, daß eine Anzahl von über 200 Schülern, die die Schule besuchen, von einem Lehrer schwer überwacht, geschweige denn erfolgreich unterrichtet werden kann. — Der Verlauf der Schulandereien, die acht hiesigen Bürgern für die Summe von 8000 Thlr. zugeschlagen werden sollten, ist von der l. Regierung nicht genehmigt worden.

— Schwerin a. B., 5. Juni. Nach einem früheren Beschluß der Stadtverordneten sollten im hiesigen Vorstrevier 492 Morgen abgeholt werden, wodurch nach Abschätzung von Sachverständigen der Stadt eine Einnahme von 45,800 Thlr. in Aussicht gestellt wurde. Die l. Regierung, welcher die Angelegenheit zur Genehmigung vorgelegt worden war, hat solche in einem ausführlich motivirten Bescheide vorläufig verfangt. In den Gründen wird besonders geltend gemacht, daß das Holz jenes Reviers, genügend noch im besten Wachtholz und nur als Brennholz geeignet, nach 10 bis 20 Jahren als Bauholz einen viel höheren Ertrag bringen würde, und daß die Holzpreise, wie die Erfahrung es lehrt, im Sinen begriessen seien und den Massenverkauf von Holz um so härter berührten. Sollte ferner die abgeholt Fläche in Ackerland umgewandelt werden, wie es die Stadt beabsichtige, so würde sich diese Fläche, wie in der benachbarten Dorf Schweinitz, sehr bald in unfruchtbare Sandböden umwandeln. Dagegen sei gesetzlich geboten, daß die abgeholt Fläche sofort wieder eingeschont würde, deren Kultivierung bei dem großen Umfang erfahrungsmäßig nur selten gelänge, da bei dem fehlenden Schutz die sich mehrenden Mäuselarven größere Verheerungen anrichten und öftere Nachsämlungen nötig würden, die für den Morgen kaum mit 10 Thlr. auszuführen seien, während die Kulturen kleinerer Flächen, die durch nahe stehendes hohes Holz geschützt sind, nur die Kosten von 3 Thlr. pro Morgen erfordern. Sonach würde sich, nach Abzug der Kulturlosten, die versprochene Einnahme auf 30,000 bis 25,000 Thlr. vermindern. Um eine mehr geordnete Forstwirtschaft hier einzuführen, hat die l. Regierung gleichzeitig angegeben, in welcher Weise die Forst zu pflegen und ertragsgünstig zu machen sei, und soll deshalb in nächster Zeit ein gebildeter Jagdmann mit den städtischen Behörden unterhandeln.

— **Zirkstiegel.** 6. Juni. In der Nacht von Donnerstag zum Freitag brannten ruchlose Hände im Dorfe Prichocke, bietigen Polizeidistrikts, das dem Eigentümer Gorianske gehörige Gehöft total nieder. Haft sämtliches tote und lebende Inventar wurde ein Raub der Flammen, indem nur einige Stück Vieh gerettet wurden. Leider ist auch ein Menschenleben zu verlieren. Eine in einem besonderen Stükchen wohnende Tagelöhnerwitwe, welche nicht zeitig genug erwachte, fand in den Flammen ihren Tod. Dieselbe hat, wahrscheinlich von Rauch und Qualm belästigt, den Ausgang ihrer Wohnung nicht mehr finden können, denn die gestern an Ort und Stelle recherchierte Ge richtskommission fand die ganz verkohlten Überreste ihres Körpers nicht in ihrem Bett, sondern in der an ihr Schlafgemach anstoßenden Kammer. Der Brandstiftung dringend verdächtig ist eine hier selbst wohnende, nicht im besten Ruf stehende Frauensperson, welche am Tage vor dem Brande bei Gorianske gearbeitet hat. Dieselbe hatte nämlich Donnerstag gegen Mittag unter Aufnahme eines Scheffels Kartoffeln, welche sie im Kornfelde versteckt, die Ar-

beit verlassen und ist hierher zurückgekehrt. G. fand jedoch am Nachmittage desselben Tages die Kartoffeln in einem der oben erwähnten Frauensperson gehörigen Saale im Kornfelde und trug dieselben zurück in seine Scheune. Da die Frauensperson sich Abends wieder von hier entfernte (wahrscheinlich, um die verfehlten Kartoffeln zu holen) und gegen Morgen erst in ihrer Wohnung eintraf, so vermutet man in ihr wohl nicht ohne Grund die Brandstifterin. Sie ist gestern bereits vernommen worden. Nach ihrer Angabe wäre sie in der Unglücksnacht erst zu Tanz gewesen und will dann mit einem hier unbekannten Manne bis gegen Morgen auf den Straßen prominent haben. G. war mit seinen Gebäuden nur mit einer unbedeutenden Summe bei der Provinzial-Feuerpolizei versichert.

— **Wollstein.** 5. Juni. Nach einer Notiz in Nr. 127 d. Stg. wird für die in kürzester Zeit zusammentretenden Kreisjagden des hiesigen Regierungsbezirks folgende Frage proponirt: Wie kann die Kirche und ihre Organe in der Hürde für die entlassenen Straflinge sich daran mithilfet, daß denselben die Begründung einer bürgerlichen Existenz ermöglicht und erleichtert und die Gefahr des Rückfalls von ihnen abgewendet werde? Es dürfte demnach die Mitteilung nicht ohne Interesse sein, daß von den Jahren 1835 bis 1848 hier ein Verein bestanden, dessen Begründung die Beschaffung von Erwerbsquellen für die nach abgebrühter Strafzeit entlassenen Straflinge, sowie die Leitung und moralische Besserung derselben war. Durch die Birnen des Jahres 1843 ist jedoch dieser segensreich wirkende Verein „Korrigirende-Verein“ genannt, eingegangen; wiederholten Versuchen zur Wiederbelebung derselben traten immer bedeutende Schwierigkeiten entgegen. Permanente Mitglieder des Vereins waren: der jedesmalige Kreis-Landrat des Pommerischen Kreises, der jedesmalige Kreisgerichts-Direktor und die jedesmaligen Geistlichen der drei verschiedenen Konfessionen hiesiger Stadt. Vielleicht dürfte ein erneuter Versuch jetzt von günstigerem Erfolg sein.

Vereine und Vorträge.

— In der Versammlung der polytechnischen Gesellschaft am Sonnabend wurde zunächst die Mitteilung gemacht, daß Herr Direktor Dr. Brennecke der Gewerbe-Vorbereitungsschule ein Exemplar des von ihm verfassten Buches über das Studium der dorfsiedlungen Gelehrt habe. Die Versammlung votierte demselben dafür ihren Dank. — Ein Mitglied der Gesellschaft, welches vor Kurzem die Gegend von Labischin bereist hatte, machte wertvolle Mitteilungen über die in dortiger Gegend vorkommenden Mineralien. Unter einem Wald befindet sich ein Lager von ansteigendem Jurakalk, welches bedeutende Dimensionen hat. Der ältere Tertiärformation gehört ein vorzüglicher Septarienthon an. Berühmt ist der Thon in der Labischiner Gegend, aus welchem sehr gute Töpferwaren, Dosenfächeln u. s. w. angefertigt werden. Die Lagerungsverhältnisse derselben sind folgende: unter einer Sandstufe liegt zunächst eine obere Thonschicht mit röhrlichen Streifen, welche als Ubrum nicht verwendet wird, darunter der diluvialen Epoche angehörige Thon in einer Mächtigkeit von 10 bis 12 Fuß, unter diesem ein schwarzer Thon. Der jüngste Formation, der alluvialen, gehört in der Labischiner Gegend ein vorzüglicher Törf an, welcher aus Süßwasserpflanzen entstanden ist; noch verbessert wird derselbe durch Bearbeitung mittelst Törfbereitungsmaschinen; trefflich arbeitet eine solche Maschine aus der Egelsklichen Fabrik. — Anknüpfend an diese Mitteilungen wurde die Frage ventilirt, was wohl zu thun sei, um die mineralischen Schätze unserer Provinz zu verwerthen? zunächst wäre dazu erforderlich, daß sie erforscht würden. Es müßte vielleicht eine Kommission ernannt werden, welche diese Angelegenheit in die Hand nähme und Bohrversuche und Nachgräben an verschiedenen Stellen veranstalte, um zunächst festzustellen, welche Schätze wir denn unter der Erdoberfläche haben. Außerdem herrscht bei uns noch wenig Sinn für Industrie, und es müßte demnach auch auf den außerordentlichen Gewinnen aufmerksam gemacht werden, welcher aus der Verwertung dieser mineralischen Schätze erwacht. Leider werden aber in unserer Provinz noch nicht einmal diejenigen Schätze industriell verwertet, welche uns die Natur über der Erde liefert: Wolle, Häute, Eichenrinde u. s. w. schenkt wir nach Außerhalb hin, und beziehen von dort Leder, Leder u. s. w., während wir die Rohstoffe eben so gut hier verarbeiten könnten.

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin. Eine für die gesamte Lehrerwelt wichtige Entscheidung hat die 3. Abtheilung des Kriminalsenats des Kammergerichts gefällt.

Zur gefälligen Beachtung!

Einem hohen Adel, sowie einem geehrten reisenden Publikum hiermit die ergebenste Anzeige, daß ich mein Hotel durch Umbau bedeutend vergrößert und den Ansforderungen der Zeitzeit nach komfortabel ausgestattet habe. Es wird stets mein Bestreben sein, durch reelle Bedienung und solide Preise mir die Gunst eines hohen Publikums zu erwerben und empfehle mich.

Hochachtungsvoll

F. Oehmig.

Hotel de France in Posen.

Soolbad Königsdorff-Jastrzembs

in Oberschlesien.

Bestellungen auf Wohnungen, sowie auf Brunnen frischer Füllung und auf konzentrierte Soole nimmt entgegen
Die Bade-Inspection.
Als angestellter Badearzt fungirt Herr Dr. med. Eugen Juliusberg.

Während der Sommersaison praktizire ich wieder in
Bad Königsdorff-Jastrzembs.
Dr. Eugen Juliusberg,
Badearzt.

Institut für Augenkrankheiten
Sprechst. täglich von 9—11 und von 3—4.
Dr. Wurm, Wilhelmstr. 6.

Das Speditions- und Verladungs-Geschäft
von

Carl Hartwig

in Posen, Wasserstr. Nr. 17,
empfiehlt sich zum bevorstehenden Wollmarkt bei promptester und billigster Bedienung zur Übernahme aller Speditionen und Abrollen der Wolle zur und von der Bahn.

Während des Marktes Comptoir
Alten Markt Nr. 50.
Gute größere Räume für Lager-Wolle sind abzugeben.



Gebr. Salomons Weener,
Ostfriesland.

Zur Annahme von Bestellungen auf Holländer-Zuchtwieh, als Kühe, Fersen, Stiere und 7—8monatliche Amsterdamer Kübler hält sich einer von uns von heute ab bis zum 10 d. Mts. in Mylius Hotel, Posen, auf. Schriftliche Bestellungen werden zu jeder Zeit entgegenommen und Aufträge prompt ausgeführt.

Schmiedbarer Eisenguss.
Gebr. Pützsch, Berlin.

Moritz Milch,

Fabrik in Jerzyce bei Posen,
empfiehlt zur Herbstsaat seine unter der Kontrolle der agrikultur-hemischen Versuchsstation in Ruschen bei Schmiegel stehenden Fabrikate und sonstigen Dungstoffe, als:

Staubfeines gedämpftes Knochenmehl I.,
Präpariertes Knochenmehl, mit Schwefelsäure aufgeschlossen,
Superphosphat,
Knochenmehl mit 40% Peru-Guano,
Superphosphat mit 40% Peru-Guano,
Schwefelsaures Ammoniak,
Ammoniakalisches Superphosphat,
Echten Peru-Guano,
Echten Peru-Guano, gemahlen,
und leistet für den Gehalt der Fabrikate nach der Analyse Garantie.

Königsberg in Pr.

Die Provinzial-Thierschau u. Ausstellung

land- und hauswirtschaftlicher Maschinen, Geräthe, landwirtschaftlich gewerbliche Produkte auf dem Herzogssacker in dem neuen Exercitshause und den zu diesem Beufe hergerichteten Baulichkeiten werden Freitag den 11. Juni, Vorm. 10 Uhr, dem Publikum eröffnet. Omnibusse und andere Wagen halten den Verkehr zwischen Herzogssacker und den nachbenannten Haltestellen Bordere Vorstadt (3 Sgr.), Steindamm, Königsgarten, Schloßplatz (2½ Sgr.), Röhr. Markt (2 Sgr.) vermitteln.

I. Tag, Freitag. Arbeiten der Presseleiter. Nachmittags Konkurrenz der Pflüge und anderer Ackergeräthe auf der Feldmark von Böttchershöfen (neben dem Tragh. Thor). Eintrittspreis zur Provinzial-Thierschau 20 Sgr., zu den anderen Ausstellungen 10 Sgr. Schluss 7 Uhr.

II. Tag, Sonnabend, Eröffnung 8 Uhr. Vormittags Arbeiten der Grasmähdarren auf der Wiese des Etablissements Tivolt und in Böttchershöfen. 2 Uhr Festdinner der Gewerbsgenossen im großen Saale des deutschen Hauses. Nachm. 5 Uhr auf dem Ausstellungsorte von der Tribune herab Verkündigung und Übergabe der Preämien; feierliche Vorführung der prämierten Pferde und Kinder. Die Tribune ist für 500 Sitzplätze eingerichtet, Tribünensessel 15 Sgr., Eintrittspreis zur Provinzial-Thierschau 10 Sgr., zu den anderen Ausstellungen 5 Sgr. Schluss 7 Uhr.

III. Tag, Sonntag, Eröffnung 8 Uhr. Nachmittags 4 Uhr öffentliche Verlosung von Ausstellungsobjekten. (Vosse à 10 Sgr. bis Sonnabend Abend in den Buchhandlungen und an der Kasse). Schluss der Thierschau 5 Uhr, der anderen Ausstellung 8 Uhr.

Montag, Dienstag u. s. w. bleibt bis auf Weiteres die gewöhnliche Ausstellung geöffnet.

Für die Arbeiten der Maschinen wird später ein Stundenplan veröffentlicht werden. Ein Partout-Billet zum Besuch beider Ausstellungen während ihrer ganzen Dauer kostet 1½ Thlr. — Sämtliche Eintrittskarten, Vosse und Kataloge nebst Plan (2½ Sgr.) sind an den Kassen der Ausstellung zu haben. — Restaurations auf dem Platz. Konzertmusik. — Auswärtige, welche sich kein Unterkommen besorgt haben, finden Offerten im Bureau: Kneiphofische Langgasse 26.

Die Kommission.

J. A. Der Geschäftsführer der Ausstellung.

Hausburg.

Reparaturen in Drehslerwaren, Sonnen- und Regenschirme werden nach wie vor angenommen bei L. Dittelbaum, Neuestraße 4.

Frische Speckstücke und Spieße empfiehlt C. Heppich, Sapieha-Platz Nr. 7.

Weizen amerik. Pferdezahn-Mais

Grasspörkel, Sommerrüben, Dotter, gelbe und blonde Saat-Lupine, Mairüben, Herbstrüben, englischen Butterrüben-Samen, sowie Rapskuchen offerirt billigst die Samenhandlung

Gebrüder Auerbach.

Freitag den 11. d. Mts. bringe wiederum in moderner Façon, solider, leichter und nicht teurer, als die in der Neuzeit auf den Markt gebrachten baumwollenen Leinwandhüte, empfiehlt die Strohhutfabrik von

P. Hahn, St. Martin 78.

Rößhaar-Herrenhüte

in moderner Façon, solider, leichter und nicht teurer, als die in der Neuzeit auf den Markt gebrachten baumwollenen Leinwandhüte, empfiehlt die Strohhufsfabrik von

P. Hahn, St. Martin 78.

Für Brennerei-Besitzer.

Den Herren Brennerei-Besitzern empfehlen wir den von uns construierten

MAISCH-DESTILLIR-APPARAT

für continuirlichen Betrieb,

welcher sich in seiner ausserordentlichen Leistungsfähigkeit für Maischen jeder Art vollständig bewährt hat.

Grosse Leichtigkeit der Behandlung, ausserordentlich geringer zu seiner Aufstellung erforderlicher Raum, erhebliche Verminderung des Bedarfs an Wasser und Brennmaterial und ein im Verhältniss zu seiner grossen Leistungsfähigkeit auch bei solidester Konstruktion und Ausführung ausserordentlich niedriger Preis zeichnen diesen Apparat aus.

Je nach der Größe desselben kann man per Stunde 800 bis 4000 Quart Maische und mehr auf einem Apparat vollständig rein abbrennen und Spiritus je nach Erfordern bis zur durchschnittlichen Stärke von bis 94% gewinnen.

Die Lieferung eines Apparats kann binnen 4 Wochen nach gemachter Bestellung erfolgen; wir übernehmen selbstverständlich die Aufstellung der durch uns gelieferten Apparate, sowie die Garantie für die bedeogene Leistungsfähigkeit, nehmen auch auf Verlangen das Kupfer alter Apparate zu verhältnissmässigem Preis in Zahlung.

Berlin, im Juni 1869.

Gebrüder Avenarius

(Technisches Bureau für Anlage und Einrichtung von Brennereien)

Unter den Linden Nr. 59.

Ausverkauf !!

Französische Batiste, Piqués, Perkals, sowie sämtliche Sommer-Artikel verkaufe, um zu räumen, bedeutend billiger

F. W. Mewes, Markt 67.

!! Geschäfts-Größnung !!

Einem geehrten Publikum der Stadt und Umgegend Posens mache ich hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich hierorts, Wilhelmstraße Nr. 15, Oehmig's Hotel de France, ein

Magazin des Modes

pour les Messieurs

eröffnete. Ein bedeutendes Sortiment der besten Tuche und Ducken, moderner Rock-, Blinfleider- und Westenkostüme, sowie sämtlicher Herren-Garderobeartikel halte ich stets auf Lager und werde Bestellungen unter meiner eigenen Leitung schnell und zufriedenstellend ausführen lassen.

Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, durch streng reelle Bedienung meine geehrten Gönner in jeder Beziehung zufrieden zu stellen und werde besonders darauf achten, nur wirklich gut passende Stücke zu verabfolgen und jeden etwa nicht konvenirenden Gegenstand gern zurückzuhalten. Indem ich auch auswärtige Aufträge in gleicher Weise auszuführen bemüht sein werde, sehe ich recht baldigen freundlichen Aufträgen entgegen.

Posen, im Juni 1869.

J. Kilinski jun.,

Marchand tailleur
aus Dresden.



Alfénide-

Ehestücke und Taselgeräthe, in Eleganz und Dauerhaftigkeit dem Silber gleich, empfiehlt

August Klug,

Breslauerstr. 3.

Um Ratten und Mäuse, selbst wenn solche noch so maassenhaft vorhanden sind, sofort spurlos zu vertilgen, empfiehlt meine giftfreien Präparate in Schachteln zum Preise von 15 Sgr., welche den in dieser Beziehung so oft und derb getriebenen Prellerchen jetzt nummer. für immer ein gewisses Ziel segen.

E. Sonntagh,

Arznei- und Chemiker in Weißenseimünde. NB. Alleinges. Depot für Posen und Umgegend bei

Herrmann Moegelin,

Bergstraße Nr. 9.

Zum bevorstehenden Wollmarktes empfiehlt mein auf das Reichhaltigste assortirte Lager von Flügeln, Pianinos und Harmoniums zu billigsten Preisen.

Louis Falk.

Künstliche Nachener Bäder, sowie Badesalze aus Kreuznach, Kösen, Rehme, Kolberg; Seesalz, Fichtennadel-Extrakt und natürlich Mineralbrunnen frischer Füllung empfiehlt

J. Jagielski, Apotheker.

Avis für Raucher.

Orbe	10	9 Thlr. pro Mille.
Novia	10	at d. d. v. 10
Ulissa	10	at d. d. v. 10
Grant	13½	at d. d. v. 13½
Angusta	13½	at d. d. v. 13½
Minerva	13½	at d. d. v. 13½
Ines	13½	at d. d. v. 13½
Florencia	15	at d. d. v. 15
Golondrina	15	at d. d. v. 15
Progreso	15	at d. d. v. 15
Manilla	16	at d. d. v. 16
Zamora	16	at d. d. v. 16
Juno	20	at d. d. v. 20
Rionda	20	at d. d. v. 20
Henry Clay	20	at d. d. v. 20
Maravilla	20	at d. d. v. 20
Rosa Habana	20	at d. d. v. 20
Escarial trätig	20	at d. d. v. 20
Commercial	20	at d. d. v. 20
Reyna Regalia	25	at d. d. v. 25
Palmito	25	at d. d. v. 25
Vidalgo	25	at d. d. v. 25
Brettonia trätig	27½	at d. d. v. 27½
Crespo	30	at d. d. v. 30
Upmann I.	30	at d. d. v. 30
Flor Pinal	30	at d. d. v. 30
Flor de Londres	40	at d. d. v. 40
Cabanos	40	at d. d. v. 40
Integridad	40	at d. d. v. 40
Veneziana	40	at d. d. v. 40
Aguinaldo de Oro	50	at d. d. v. 50

M. Heymann,

Posen, Glogau,

Friedrichsstr. 33a. Paradeplatz.

Bitte um gefällige Angabe, ob die Zigarre stark, mittel oder leicht sein soll

VERDAUUNGS PASTILLEN

von Burin Dubuisson, Apotheker ersten Classe der Kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Paris.

Diese Pastillen bilden das neueste und rationellste Mittel zur Bekämpfung aller Verdauungsstörungen, die in den Verdauungsorganen. Dieselben enthalten in der That die Milchsäure eines der wesentlichen Verdauungs-Elemente, verbunden mit calcinirter Magnesia, deren Wirkingen von allen Arzten anerkannt werden, und Soda, jenem Salze, welches den Hauptbestandtheil der Karlsbader Emser sowie der meisten alcalinischen Mineral-Brunnen bildet. Das Zusammenwirken dieser drei Substanzen erklärt den Erfolg dieser Pastillen in allen Fällen von gastrischem Magenkampf, Blähungen, Erbrechen nach eingenommener Mahlzeit, Verdauungslosigkeit und sonstigen Magenstörfeln.

Niederlagen in Posen in allen grösseren Apotheken.

Erdbeer-Bowle

auf Eis, empfiehlt die Konditorei von

A. Pfitzner

am Markte.

Apfelsinen u. Citronen

empfiehlt J. Blumenthal,

Krämerstraße 15, vis-à-vis der neuen Brothalle.

Allerneueste Glücks-Offerte.

Das Spiel der Frankfurter Lotterie ist von der königl. preuss. Regierung gestattet.

„Gottes Segen bei Cohn!“

Grossartige wiederum mit Gewinnen bedeutend vermehrte Capitalien-Verloosung von über 8½ Millionen.

Die Verloosung garantiert und vollzieht die Staats-Regierung.

Beginn der Ziehung am **11. Juni d. J.**
Nur 4 Thlr. oder 2 Thlr. oder 1 Thlr.
kostet ein vom Staate garantirtes wirkliches Original-Staats-Loos, (nicht von den verbotenen Promessen) aus meinem Debit und werden diese wirklichen Original-Staats-Loose gegen frankirte Einsendung des Betrages oder gegen Postvorschuss, selbst nach den entferntesten Gegenden von mir versandt.

Es werden nur Gewinne gezogen.
Die Haupt-Gewinne betragen 250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 30,000, 2 a 25,000, 2 a 20,000, 2 a 15,000, 2 a 12,500, 4 a 10,000, 3 a 6,000, 12 a 5,000, 23 a 3,750, 105 a 2,500, 5 a 1,250, 158 a 1,000, 14 a 750, 271 a 500, 355 a 250, 21,445 a 150, 125, 117, 100, 75, 55, 30. Gewinnelder und amtlicheziehungslisten sende meinen Interessenten nach Entscheidung prompt und verschwiegen.

Durch meine von besonderem Glück begünstigte Loose habe meinen Interessenten bereits allein in Deutschland die allerhöchsten Haupttreffer von 300,000, 225,000, 187,500, 152,500, 150,000, 130,000, mehrmals 125,000, mehrmals 100,000, kürzlich schon wieder das grosse Loos von 127,000 und jüngst am 13. Mai schon wieder zwei der grössten Haupt-Gewinne in der Provinz Posen ausbezahlt.

Jede Bestellung auf meine Original-Staats-Loose kann man der Bequemlichkeit halber auch ohne Brief, einfach auf eine jetzt übliche Postkarte machen. Dieses ist gleichzeitig bedeutend billiger als Postvorschuss.

Laz. Sams. Cohn in Hamburg,

Haupt-Comptoir, Bank- und Wechselgeschäft.

Ich mache besonders darauf aufmerksam, dass nach obiger grossen Capital-Verloosung ein langer Zwischenraum vor Beginn einer neuen eintritt, daher ersuche die sich interessirenden, mir hre Aufträge **jetzt noch rasch** einzusenden.

Am 7. Juli

beginnt die erste Classe der kgl. pr. 140. Staats-Lotterie.

Hierzu verkauft und versendet Loose:

1/2 Thlr. 1/2 Thlr. 1/2 Thlr. 1/2 Thlr.

19 Thlr. 9½ Thlr. 4½ Thlr.

1/2 Thlr. 1/2 Thlr. 1/2 Thlr. 1/2 Thlr.

2½ Thlr. 1½ Thlr. 20 Sgr. 10 Sgr.

Alles auf gedruckten Antheilscheinen, gegen Postvorschuss oder Einsendung des Beitrags die

Staats-Effecten-Handlung Max Meyer

Berlin, Leipzigerstr. 94.

Im Laufe der letzten zehn Jahre fielen in mein Debit Thlr. 100,000, 40,000, 20,000,

15,000 etc.

Ein Schriftseher, der deutschen und polnischen Sprache

mächtig, mit guten Bezeugnissen versehen, findet sofort dauernde Kondition in der

Pr. Frank'schen Buchdruckerei

in Stettin.

Ein Kommiss,

flotter Verkäufer, findet bald oder pro 1. Juli

d. J. in meiner Kolonialwaren-Handlung

Unterkommen.

H. Giering,

Jarocin.

Rörsen-Telegramme.

Berlin, den 8. Juni 1869. (Wolf's telegr. Bureau)

Not. v. 7. v. 5.

Roggens, fester.

Juni 54½ 53½ 52½

Juli-August 51½ 51½ 51

Herbst 51 50½ 50½

Kanalläder nicht gemeldet.

Stahl, matter.

Juni 11½ 11½ 11½

Herbst 11½ 11½ 11½

Spiritus, matter.

Juni 17½ 17½ 17½

Juli-August 17½ 17½ 17½

Herbst 16½ 17 16½

Kanalläder:

345,000 Quart.

Stettin, den 9. Juni 1869. (Mareuse & Mass.)

Not. v. 7.

Weizen, unverändert.

Juni-Juli 68 68

Juli-August 69 69

Sept.-Okt. 68 68

Roggens, fest.

Juni-Juli 54½ 53½

Juli-August 52 51½

Sept.-Okt. 51 50½

Roggens, fester.

Juni-Juli 48½ 48½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

Roggens, fester.

Juni-Juli 49½ 49½

Juli-August 49½ 49½

Sept.-Okt. 49½ 49½

